

Aus der Medizinischen und Gerichtlichen Veterinär-Klinik
der Justus Liebig-Universität zu Giessen
Lehrstuhl I: Prof. Dr. H. Eikmeier
Lehrauftrag Tierschutz: Veterinärdirektor Dr. H. Weyers

**SODOMIE UND SADISMUS
ALS TIERSCHUTZPROBLEM**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
bei dem Fachbereich Veterinärmedizin
der Justus Liebig-Universität zu Giessen

Eingereicht von
Eva Weidner
Tierärztin aus Bünde

Gießen 1972

1973
1

Aus der Medizinischen und Gerichtlichen Veterinär-Klinik
der Justus Liebig-Universität zu Giessen
Lehrstuhl I: Prof. Dr. H. Eikmeier
Lehrauftrag Tierschutz: Veterinärdirektor Dr. H. Weyers

**SODOMIE UND SADISMUS
ALS TIERSCHUTZPROBLEM**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
bei dem Fachbereich Veterinärmedizin
der Justus Liebig-Universität zu Giessen

Eingereicht von
Eva Weidner
Tierärztin aus Bünde

Gießen 1972

Mit Genehmigung des Fachbereichs Veterinärmedizin

Dekan: Prof. Dr. E. Weiss

Berichterstatter: Veterinärdirektor Dr. H. Weyers

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Januar 1973

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	1
2. Begriff der Sodomie	2
3. Begriff des Sadismus	4
4. Geschichtliche Entwicklung der Strafwürdigkeit der Sodomie und des Sadismus	4
5. Ergebnisse auf Grund einer repräsentativen Befragung von 400 Tierärzten der Bundesrepublik	13
6. Literaturdokumentation	21
7. Die amtliche Statistik	36
8. Sodomie und Sadismus als psychopathologisches Problem	39
9. Das Tier als Sexualobjekt bei Sodomie und Sadismus	42
10. Sodomie und Sadismus als strafrechtliches Problem	44
11. Sodomie und Sadismus als Tierschutzproblem	52
12. Das neue Tierschutzgesetz	55
13. Zusammenfassung	59
14. Literaturverzeichnis	61
15. Anlage Tierschutzgesetz	74

1. Einleitung

Das Tier wird in der Rechtssprechung als Sache behandelt, d.h. es ist nur rechtstechnisch eine Sache und gehört im Hinblick auf die Rechtssystematik zu den den Menschen umgebenden Gegenständen. Das ab 1.10.72 geltende Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972 behandelt das Tier als Lebewesen und billigt ihm ein Wohlbefinden im Sinne des Freiseins von Schmerz oder Leid und die Unversehrtheit von Schäden zu. Darüber hinaus wird auch das Leben des Tieres schlechthin geschützt.

Als Verfehlung gegen das Strafgesetzbuch war bis zum 1. September 1969 die widernatürliche Unzucht (w.U.) mit Tieren mit Strafe belegt. Am 25. Juni erging das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (17), das die dringlichsten Änderungen des Sexualstrafrechts, unter anderem auch die Abschaffung der Strafbarkeit der Unzucht mit Tieren brachte.

KAMM (74) hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Frage der Strafwürdigkeit der Sodomie nicht allein Gegenstand der Rechtswissenschaft und der Humanmedizin ist, sondern auch die Veterinärmedizin tangiert angesichts des Objektes, mit dem widernatürliche Unzucht getrieben wird. Der tierärztliche Berufsstand ist ständig darum bemüht, die Leiden der Tiere zu lindern; hierbei wird er unterstützt von der Grundeinstellung des Menschen, eine Mitverantwortung für das seiner Obhut anheimgegebene Lebewesen zu tragen.

Es war daher zu untersuchen und zu prüfen:

1. Die Dunkelziffer sodomitischer Handlungen an Hand von Befragungen aufzuhellen,

2. das nun geltende Tierschutzrecht dahin zu prüfen, wann bei Sodomie mit oder ohne sadistischen Handlungen das Wohlbefinden und die Unversehrtheit eines Tieres verletzt ist.

2. Begriff der Sodomie

Im Laufe der Jahrhunderte haben der Begriff und die Bedeutung der Sodomie viele Wandlungen durchgemacht. Der Ursprung des Wortes wird allgemein von der biblischen Stadt Sodom abgeleitet, die als Stätte des Lasters und der Sünde vernichtet wurde (1.Mose 19,24). Als Ursache für die Zerstörung (1.Mose 18,20 u.13,13) galt jedoch nicht nur die a l l g e m e i n e V e r w o r f e n - h e i t der Sodomiter, sondern auch der g l e i c h - g e s c h l e c h t l i c h e V e r k e h r unter Männern (1.Mose 19,5) (5,16,56,74,116,178). In anderen Schriftwerken wurde der Begriff der Sodomie in seiner Bedeutung sogar auf jeden a n o r m a l e n G e - s c h l e c h t s v e r k e h r ausgedehnt (56).

Die kath. Kirche unterscheidet in ihrer Moraltheologie zwischen der Sodomie als Beischlaf mit Personen desselben Geschlechts und der w.U. mit Tieren (56,116). Im kanonischen und gemeinen Recht wird die Sodomie zusammen mit der Homosexualität und dem heterosexuellen wider-natürlichen Geschlechtsgenuß unter den Begriff der "Sodomia propria" zusammengefaßt (116). Im Mittelalter galt weiterhin der Koitus zwischen Juden und Christen (7,56, 58) und Türken und Sarazenen (7) als Sodomie.

Bei einigen Völkern findet man das Wort Sodomie in Abkürzungen wieder, die kaum noch Ursprung und Ursinn erkennen lassen und zu einem ganz allgemeinen Schimpfwort verflüchtigt sind: Englisch: sod, holländisch: Mietge (56).

In der heutigen Sprache wird die Sodomie als widernatürliche Unzucht (w.U.) des Menschen mit Tieren bezeichnet. Für diese Bedeutung findet man in der Literatur unterschiedliche Bezeichnungen. So nennt KRAFFT-EBING (93) alle nicht pathologischen Fälle der w.U. mit Tieren "Bestialität", die an Fetischismus grenzenden Fälle "Zoophilia erotica" und alle pathologischen Fälle "Zooerastie". MOLL (121) hat eine ähnliche Einteilung, er zieht aber keine Grenze zu den pathologischen Fällen, da er nicht unterscheiden will zwischen Laster und Krankheit. MERKI, SURY und HABERDA (46, 116, 168) unterteilen die w.U. mit Tieren in die "Zooerastie" = unzüchtige Handlungen mit Tieren, in "Zoostuprum" = beischlafähnliche Handlungen mit Tieren und in "Zoosadismus". Weiterhin sind die Ausdrücke "Bestialität", "Bestialismus" und "Bestiophilie" aus Literaturstellen bekannt (31). Die Theologen sprechen von "Concubitus cum bestia", die Juristen von "Sodomia ratione generis" (31). In der Kirchensprache wird die Sodomie als "rote Sünde", "unmenschliche Sünde" bezeichnet, während in vielen Rechtsbüchern und Stadtchroniken die Rede ist von "Ketzerey mit Tieren", "bosheyt mit Viech", "Viehvermischung" (31).

Im heutigen deutschen Sprachgebrauch hat sich für die w.U. mit Tieren der Ausdruck Sodomie durchgesetzt.

3. Begriff des Sadismus

"Sadismus" als psychopathologische Definition wurde von KRAFFT-EBING in die Psychiatrie eingeführt (65,97). Der Begriff stammt aus den literarischen Beschreibungen des Marquis de Sade. Man versteht darunter die sexuelle Erregung durch Zufügen von Schmerzen und Demütigungen (161). Nach der Denkschrift der EKD vom 14. Januar 1971 erlangt der Sadist nur sexuelle Befriedigung, wenn der Partner unter zugefügten Qualen leidet. KRONFELD (97) unterscheidet sadistische Handlungen während des Geschlechtsaktes und als vollwertigen Ersatz für den Geschlechtsakt. Nach STEKELS (164) Auffassung ist das Entscheidende bei sadistischen Handlungen der Affekt und nicht der Schmerz. Er meint, daß der von SCHRENCK-NOTZING geschaffene Ausdruck "Algolagnie" den Schmerz in den Mittelpunkt stellt.

In neuerer Zeit reiht man den Sadismus unter den Komplex des Sadomasochismus ein. Beide Perversionen sollen psychologisch zusammengehören und können beim gleichen Menschen ineinander übergehen (161).

4. Geschichtliche Entwicklung der Strafwürdigkeit der Sodomie und des Sadismus

Die Spuren der sexuellen Beziehungen zwischen Mensch und Tier lassen sich in verschiedenen religiösen Tierkulten erkennen und nachweisen (Anbetung des goldenen Kalbes durch die Juden (116,120), Kult des Bockes Mendes und

des Apisstieres in Ägypten (62,67,141). Das monotheistische Judentum verdrängte diese Tier- und Naturgottheiten. Es sah in der w.U. mit Tieren eine Mißachtung der von Gott geschaffenen Naturordnung (104,116,144) und bedrohte die Sodomie ohne Einschränkung mit dem Tod. So finden wir im mosaischen Recht die ersten Quellen über die strafrechtliche Verfolgung. Die wichtigsten Bestimmungen:

2. Mose 22,18: Wer bei einem Vieh liegt, der soll des Todes sterben.
3. Mose 18,23 u.29: Du sollst auch bei keinem Tier liegen, daß du mit ihm verunreinigt werdest. Und kein Weib soll mit einem Tier^e zu schaffen haben; denn es ist ein Greuel. Denn welche diese Greuel tun, deren Seelen sollen ausgerottet werden von ihrem Volk.
3. Mose 20,15 u.16: Wenn jemand beim Vieh liegt, der soll des Todes sterben, und das Vieh soll man erwürgen.
Wenn ein Weib sich irgend zu einem Vieh tut, daß sie mit ihm zu schaffen hat, die sollst du töten und das Vieh auch; des Todes sollen sie sterben; ihr Blut sei auf ihnen.
5. Mose 27,21: Verflucht sei, wer irgend bei einem Vieh liegt! Und alles Volk soll sagen: Amen.

Bei diesen Rechtsverordnungen ist von besonderem Interesse, daß auch das mißbrauchte Tier getötet werden sollte (3. Mose 20,15 u.16), da man jedes Andenken an diese Sünde tilgen wollte (51,74,120,144,168) und weiterhin befürchtete, daß ein an Sodomie gewohntes Tier den Menschen zu weiteren Unzuchthandlungen verführen könnte (74,120).

Aus den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt gibt es nur sehr ungenaue Rechtsschilderungen über die Bestrafung der Sodomie. STRÄTER, BAUMSTARK und MÜLLENHOFF (6,122,165) zeigten schon Ende des ersten Jahrhunderts eine Quelle auf, sie berufen sich auf den Inhalt der "Germania", die von Tacitus in Form eines Reiseberichtes abgefaßt ist.

Die Bestrafung erfolgte hier durch Versenkung im Sumpf oder Kot. Diese strenge Ahndung könnte rein zeitlich gesehen durch die mosaische Gesetzgebung beeinflußt worden sein. STRÄTER, REHFELDT und VON AMIRA (1,134,165) erklären jedoch altheidnische Zaubervorstellungen für den Ursprung der Todesstrafe.

Nach der Völkerwanderung befaßten sich verschiedene Stämme mit der Sodomie, wobei das Delikt überwiegend mit Geldstrafen geahndet wurde (165).

Die erste kirchliche Stellungnahme fanden WILDA, KLARE und FROEHNER (31,84,177) im Capitulare ecclesiasticum vom Jahre 789. Hier wurde die Sodomie mit der Auferlegung von kirchlichen Bußen geahndet.

Mit zunehmendem Einfluß der Kirche setzte sich die Bestrafung der Sodomie mit dem Tode weitgehend durch (165), da erst nach Abschluß der Christianisierung diese strenge Ahndung vollwertig praktiziert werden konnte, weil sie mit etwaigen heidnischen Sakralopfern nicht mehr verwechselt werden konnte.

Karl der Große übernahm in seiner "admonitio generalis" die Vorschläge der Kirche unverändert. Alle germanischen Stämme führten nun eine Verfolgung der Sodomie durch, die Bestrafung war jedoch unterschiedlich.

So ließ das Lex Frisionum, Anfang des 11. Jahrhunderts durch das Gemeine friesische Sendrecht abgelöst, den Täter wählen zwischen Selbstentmannung, Verbrennung mit dem mißbrauchten Tier und lebend begraben (58,59,116,165). Eine Rechtseinheit gelang erst Friedrich dem II (1212-1250), der die w.U. für das ganze Reich mit dem Feuertod bestrafen ließ (165).

Auf dem Konzil von Trient 1563 erklärte die katholische Kirche sämtliche geschlechtliche Betätigungen, die nicht zur Befruchtung führen, zur Sünde (56,80,81,105,124). Alle Kontakte zwischen Mensch und Tier seien naturwidrig und daher pervers.

Im kanonischen Strafrecht wurde der Tatbestand der Sodomie zum "crimen capitale" erklärt (165).

Zur Zeit der Hexenverfolgungen wurde die Sodomie zusammen mit der Homosexualität als Ketzerei verurteilt (31, 58,59,96,165). Viele Frauen gestanden unter grausamen Folterungen mit dem Teufel in Gestalt eines Tieres Unzucht getrieben zu haben. Die Aburteilung der Verbrechen lag ausschließlich in kirchlichen Händen. Erst Kaiser Karl der V. setzte die weltliche Inquisition und Folter als Reichsrecht in seiner Constitutio Criminalis Carolina (C.C.C.) von 1532 durch (96,116,148). Den Sodomit bestrafte er in Art. 116 mit dem Feuertod. HIS (58,59) fand schon im Augsburger Stadtbuch von 1256 die erste Quelle, in der die Sodomie in einem weltlichen Gesetz erwähnt und deutlich von der üblichen Ketzerei getrennt wird.

In vielen Schilderungen über Fälle von Sodomie wurde das mißbrauchte Tier mit getötet (7,58,59,71,128,165),

eine Maßnahme, die auf den mosaischen Bestimmungen beruht. Man wollte das unrein gewordene Tier dem Gebrauch des Menschen entziehen (58). Bisweilen wurden sogar die Prozeßakten mit vernichtet, um die Erinnerung an das Verbrechen gänzlich auslöschen zu können (165). Manchmal wurde auch durch ein Rechtsverfahren die Mitschuld des Tieres untersucht (7).

Im 18. Jahrhundert machten sich auch in Deutschland die Ideen der Aufklärung bemerkbar. Der Wunsch nach Trennung von göttlicher Gerichtlichkeit und staatlicher Strafe wurde laut. Nicht der erzürnten Gottheit, sondern der verletzten Allgemeinheit sollte man Gerechtigkeit widerfahren lassen (116,165). Auch wurde die Abschaffung der grausamen Strafen der C.C.C. und der Landesgesetze gefordert (96).

Die w.U. mit Tieren empfand man dagegen immer noch abscheulich und verworfen, sie führte nach damaliger Ansicht zur Verachtung der Ehe und zur Entvölkerung und Schwächung des Staates (18). Jedoch lassen sich bei der Bestrafung der Sodomie gewisse Tendenzen zur Milderung des Urteils erkennen (165). Verschiedene Gründe, wie zum Beispiel Trunkenheit, Leidenschaft, Unwissenheit und Einfalt (116,133) bewahrten den Täter oft vor der Todesstrafe und brachten ihm dafür Körperstrafen, Verbannung oder öffentliche Arbeit ein (31,128).

In Preußen begann die Entwicklung für den späteren § 175 mit dem von Kurfürst Georg Wilhelm erlassenen Landrecht von 1620. Im Buch 6 Art 5 wurde "alle Unkeuschheit so wider die Natur" mit dem Feuertod bestraft. Auch im verbesserten Landrecht von 1721, das von Friedrich-Wilhelm dem I. erlassen wurde, wurde konsequent die Todesstrafe

gefordert (96). Erst Friedrich der II., ein Anhänger der Ideen Montesquieus und Voltaires verwirklichte die Prinzipien der Aufklärung in Preußen. In seinem Allgemeinen Landrecht (ALR) von 1794 wurde die Sodomie in § 1069 mit mindestens 1 Jahr Zuchthaus, körperlicher Züchtigung und Verbannung (seit 1837 fakultativ) bedroht (74,96,116,165), während das geschändete Tier getötet werden sollte, da man das Andenken an das abscheuliche Verbrechen gänzlich tilgen wollte (74).

Österreich hingegen hielt unter dem Einfluß der kanonischen Rechte an der mittelalterlichen Hinrichtung fest. (Theresiana 1751), Hessen bestrafte mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren (Strafgesetzbuch für das Großherzogtum Hessen 1853) (165). Das Preußische StGB von 1851 übernahm die Strafbestimmung des ALR. Es kam erst nach langen Auseinandersetzungen zustande und bildete die Grundlage für das Reichsstrafgesetzbuch (174). Die beiden ersten Entwürfe verzichteten auf eine Bestrafung, da dadurch das Laster erst recht eine Verbreitung fände.

Der dritte Entwurf sah eine Strafe von 1-2 Jahren Arbeitshaus vor, während der fünfte Entwurf sich eindeutig für völlige Straffreiheit aussprach (165). Nach insgesamt 10 Entwürfen, die Mehrzahl war für Straffreiheit, wurde die Sodomie dennoch für strafbar erklärt (74).

Der Art. 143 erfaßte die Sodomie zusammen mit der Homosexualität in einem Tatbestand und bedrohte mit Gefängnis zwischen 6 Monaten und 1 Jahr, sowie zeitlicher Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte (96,116). Die Begründungen für diese Bestimmungen lauteten:

"....derartige Handlungen bedeuten eine so große Entartung und Herabwürdigung des Menschen und sind so gefährlich für die Sittlichkeit, daß das Strafgesetz notwendig darauf Rücksicht nehmen muß." (74)

Diese Motivierungen stehen im krassen Gegensatz zu den Auffassungen vom modernen Strafrecht.

Hier galt Bayern als Vorbild, das schon 1823 auf Veranlassung Feuerbachs die Sodomie aus dem Strafgesetzbuch verbannte (116,165). Hier wurde zum ersten Mal die Trennung von Moral und Recht deutlich. Man hielt die Bestialität zwar für eine schwere Überschreitung moralischer Gebote, aber als Sünde gehöre sie nicht in die Sphäre der äußeren Gesetzgebung, da sie keine Rechte anderer verletze (29,66).

1839 schloß sich Württemberg dem Beispiel Bayerns an, Braunschweig und Hannover folgten 1858 (165). Aber schon 1871 wurden diese Fortschritte wieder zunichte gemacht. Mit der Einführung des Reichsstrafgesetzbuches (RStGB) wurde in ganz Deutschland eine Rechtseinheit geschaffen. Der § 175 bestrafte die w.U. zwischen Personen gleichen Geschlechts oder mit Tieren mit Gefängnis. Auch konnte auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Als Begründung für die Strafbarkeit der Sodomie wurde u.a. die Zeugung von Monstren bei der geschlechtlichen Verbindung von Mensch und Tier erwähnt. Dieser Aberglaube war schon im Mittelalter von großer Bedeutung und erst das Virchow-Langenbeck Gutachten widerlegte diese Anschauung (56). Dennoch wurde der § 175 mit einer Stimme Mehrheit gebilligt (56,74), und die Gegner des § 175 warfen dem Staat Inkonsequenz und Rückständigkeit vor (116).

Immer wieder gab es Diskussionen um Beibehaltung oder Abschaffung der Sodomie als strafrechtlichen Tatbestand und neue Vorschläge wurden gemacht. Der Entwurf (E) von 1909 wollte nur die beischlafähnlichen Handlungen erfassen (96). In der Begründung war die Rede vom "sittlichen Empfinden des Menschen" und dem "allgemeinen staatlichen

Interesse", die eine Beibehaltung der Bestrafung verlangen (74). Auch der E 1919 stützte sich auf das sittliche Empfinden des Volkes. Er wollte die Sodomie streng von der übrigen w.U. sondern (96). Der E 1925 trat für die Streichung der Sodomie ein (96,116). Die Bedenken wegen der Straffreiheit überwogen jedoch und so tauchte die w.U. mit Tieren im E 1927 wieder auf (86,142). In Auseinandersetzungen über die Strafwürdigkeit der Sodomie wurde sogar soweit argumentiert, daß man die Entscheidung über die Strafwürdigkeit als Geschmacksache bezeichnete (2).

In der nationalsozialistischen Zeit forderte der Entwurf des damaligen Reichsjustizministers Gürtner eine Bestrafung der Bestialität (43).

Die Strafrechtsnovelle vom 28.6.1935 war nur eine Bestätigung des status quo. Die w.U. mit Tieren wurde jetzt im § 175 gesondert aufgeführt, da man glaubte, daß die Sodomie nicht so ein weit verbreitetes Übel wie die Homosexualität sei und auch sonst nicht mit dieser in Hinsicht auf einen verderblichen Einfluß auf weite Kreise verglichen werden könne (74,76,165). Das Delikt wurde mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und der Möglichkeit zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrecht bedroht.

Nach dem zweiten Weltkrieg übernahm die Bundesregierung den § 175 unverändert. Der Bundestag beschäftigte sich mit Verbesserungsvorschlägen. In den Entwürfen von 1959 und 1960 sollte jede beischlafähnliche Handlung geahndet werden (74). Der E 1962 wollte die Strafandrohung für die Sodomie im Mindestmaß verschärfen und im Höchstmaß mildern (48,49,75). Der Gesetzgeber motivierte diesen Vorschlag mit emotionalen Erwägungen. Er sah die Menschenwürde durch diese Tat aufs schwerste verletzt und wollte

mit Mitteln des Strafrechts einen Schutz gegen die schwerwiegende Mißachtung der Menschenwürde gewähren (48,49,74). Der Alternativentwurf, der von 14, später 16 Professoren der mittleren Generation erarbeitet wurde, trat für eine ersatzlose Streichung des Deliktes ein, da es nicht Aufgabe des Strafrechts sei, ein menschliches Verhalten deswegen zu pönalisieren, weil der Täter damit die eigene Menschenwürde mißachtete. Außerdem stifte die Vorschrift mehr Schaden als Nutzen, da meist nur "jugendliche, schwachsinnige, primitive oder triebverwirrte Täter" getroffen würden (74).

Der E 1962 wurde 1965 erneut im Bundestag eingebracht und an den Sonderausschuß Strafrecht verwiesen (48). Auf dem 47. Deutschen Juristentag von 1968 in Nürnberg legte HANACK in einem umfangreichen Gutachten die moderne Gesamtkonzeption einer Reform des Sexualstrafrechts vor (48). Zusammenfassend ergibt dieses Gutachten folgende Grundsätze:

1. Das moderne Strafrecht darf sich in einem demokratischen Rechtsstaat und in einer pluralistischen Gesellschaft nicht mit der Moral identifizieren.
2. Es darf nur Verhaltensweisen pönalisieren, die gravierende, das Gemeinwohl berührende Gefahren im sozialen Raum darstellen und sich mit anderen leichteren Mitteln nicht abfangen lassen.
3. Der Gesetzgeber trifft keine Wertentscheidung, wenn er gewisse menschliche Verhalten nicht strafrechtlich erfaßt.
4. Er muß sich immer die Frage stellen, ob die Strafbestimmung wegen gefährlicher Nebenwirkungen mehr Schaden als Nutzen stiftet (75).

Überträgt man diese Grundsätze speziell auf den Tatbestand der Sodomie, so berechtigen nur der Schutz des Tieres und die Abwehrung öffentlichen Ärgernisses zu einer Strafvorschrift.

Ein Jahr nach diesem Juristentag wurde durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechtes vom 25.6.1969 der § 175 ersatzlos gestrichen (17). Der Gesetzgeber war der Meinung, daß die Sodomie nur noch geringe Bedeutung in der gerichtlichen Praxis habe. Die Täter seien meistens abnorm veranlagt und daher nicht mit einer Strafandrohung anzusprechen. Kriminalpolitische Gründe seien nicht vorhanden. Daß der Täter sich durch die Unzucht mit dem Tier selbst entwürdigte, sei kein hinreichender Anlaß für eine Bestrafung. Beobachtungen, daß Sodomiten später auch andere Sexualdelikte verüben, vermögen nach überwiegender Ansicht im Sonderausschuß eine Strafvorschrift gegen Unzucht mit Tieren nicht zu rechtfertigen.

5. Ergebnisse auf Grund einer Befragung

Der Tatbestand der Sodomie ist mit einer hohen Dunkelziffer belastet. Viele Fälle bleiben unerkannt, da Folgen für das Tier nicht eingetreten sind. Aber auch bei einer Verletzung des Tieres ist es oft schwer, den Fall zur Aufklärung zu bringen, sei es, daß der eindeutige Beweis für sodomitische oder sadistische Handlungen fehlt, der Täter nicht ermittelt werden kann oder aus Mitleid mit dem Sodomit bzw. aus Furcht vor Unannehmlichkeiten von einer Anklage abgesehen wird. So ist eine

Anzeige in erster Linie nur dann zu erwarten, wenn der Vieheigentümer sich durch Schaden am Tier persönlich betroffen fühlt (40,51). Die amtlichen Statistiken werden daher mit hohen Dunkelziffern belastet sein.

Wir interessierten uns für das Vorkommen von sodomitischen und sadistischen Fällen in der tierärztlichen Praxis und wandten uns daher mit einer Umfrage an Tierärzte in Deutschland. Zu berücksichtigen waren nicht nur die praktischen Tierärzte, sondern auch alle beamteten, da sie früher einmal in einer Praxis tätig gewesen sein mußten.

Um die Aktion repräsentativ werden zu lassen, hatten wir von diesen ca. 4000 Tierärzten in der Bundesrepublik 400 anzuschreiben.

Unser Rundschreiben enthielt drei Hauptfragen:

1. Sind Ihnen Fälle von Sodomie und Sadismus aus Ihrer Praxis bekannt?
 - a. bei negativer Antwort wurde um Rücksendung des Bogens gebeten,
 - b. bei positiver Antwort sollte die Zahl der Fälle eingetragen werden.
2. An welcher Tierart sind diese Fälle verübt worden?
3. Hatten diese Fälle ein gerichtliches Verfahren zur Folge?

Um Mißverständnisse hinsichtlich der Bedeutung der Worte "Sodomie" und "Sadismus" zu vermeiden, gaben wir für beide Begriffe eine Definition an.

Die Auswertung der Fragebogen brachte folgende Ergebnisse: Von den 400 Schreiben erhielten wir innerhalb eines Zeitraumes von 4 Monaten (August-November 1971) 294 Zuschriften, die sich aufteilten in 106 positive

und 188 negative Antworten. Das bedeutet, daß von 294 Tierärzten in der BRD 64 % keine sodomitischen und sadistischen Fälle aus ihrer Praxis kannten, während 36 % von solchen Delikten berichten konnten.

294 Zuschriften

106 positive 188 negative
= 36 % = 64 %

Von den 106 Zusendungen waren 105 auswertbar. Da den Tierärzten nicht immer nur ein Fall bekannt war, konnten wir schließlich 274 Fälle auszählen. Eine genauere Aufschlüsselung ergab, daß 62,9 % der Befragten 1-2 Fälle, 23,8 % 3-4 und 13,3 % 5-15 Fälle nannten.

Anzahl der Fälle	1	2	3	4	5	6	7	11	15
Häufigkeit des Vorkommens dieser Anzahl	35	31	16	9	6	5	1	1	1
Gesamtzahl der Fälle	35	62	48	36	30	30	7	11	15
Angabe in %	62,9		23,8		13,3				

Auffällig ist hier das gehäufte Auftreten von sodomitischen und sadistischen Fällen bei einigen wenigen Tierärzten. So berichteten nur 3 Veterinärmediziner von 7, 11 bzw. 15 Fällen. Leider war nicht immer festzustellen, innerhalb welchen Zeitraums die Fälle dem Tierarzt bekannt wurden. Wir müssen wahrscheinlich eine Spanne von ca. 40 Jahren einrechnen, denn das Alter der Befragten

schwankte zwischen 30 und 70 Jahren. Möglich ist also, daß die 15 Fälle aus einer 40-jährigen Praxis stammen, während die wenigen von jüngeren Kollegen festgestellt sind.

Tierart	Pferd	Rind	Kalb	Ge- flügel	Schwein	Hund	Schaf	Ziege	Hase
Anzahl der Fälle	43	141	29	12	22	3	14	9	1

Auch der vorhandene Viehbestand in der BRD änderte sich in den Jahren, so daß wir die unterschiedliche Häufung der Fälle bei den einzelnen Tierarten nicht in einen direkten Vergleich setzen können.

Entwicklung der Viehbestände in 1000 Stück
(zusammengestellt nach 8,15,162)

Tierart	1925	1935/38	1950	1963	1966	1968
Pferde	3958	1542	1570	491	-	-
Rinder	17202	12210	11149	13014	13973	-
Schweine	16200	12494	10154	16643	17682	-
Schafe	4753	1889	1643	891	-	820
Ziegen	3796	1376	1347	189	-	-
Geflügel	71504	54594	51801	75616	-	91998

Betrachten wir die Entwicklung der Viehbestände von 1925-1963 bzw. 1968, so sind folgende grobe Aussagen zu machen:

Die größte Tierpopulation während dieses Zeitraumes weist das Geflügel auf, das weit an der Spitze steht. Es folgt das Schwein und mit geringem Abstand das Rind. Schaf, Pferd und Ziege liegen zahlenmäßig dicht beieinander,

im Vergleich zum Rind ist ihr Bestand jedoch sehr gering. Unter Berücksichtigung dieser Verhältniszahlen ist eine Aufschlüsselung der Ergebnisse besser möglich. Auffällig ist die Bevorzugung des Rindes besonders gegenüber dem Geflügel, aber auch dem Schwein. Das Pferd ist jedoch relativ gesehen den meisten Verfolgungen ausgesetzt. Sehr deutlich wird dies beim Vergleich mit Geflügel und mit Schwein. Aber auch Schaf und Ziege werden nicht so oft mißbraucht. Da der Pferdebestand in den letzten Jahren immer mehr zurückging, werden diese Fälle wahrscheinlich überwiegend aus der Vor- bzw. Kriegszeit stammen.

Einleuchtende Gründe für eine Bevorzugung des Pferdes gibt GRASSBERGER in seiner kriminologischen Abhandlung über die Unzucht mit Tieren an (40). Die Versuchung, sich dem Tier zu nähern, ist zweifellos größer, wenn der Täter die Schlafstätte im Stall hat, wie das früher bei bestimmten Berufsgruppen, wie Pferdeburschen, Tierpfleger usw. häufig üblich war. Die vertraute Atmosphäre und die Nähe des Tieres kann das Verlangen nach sodomitischen Handlungen erwecken. Auch wäre es möglich, daß eine kameradschaftliche Beziehung, wie sie besonders zum Pferd aufgebaut werden kann, sich in diese Richtung auswirkt. KINSEY (82) glaubt sogar, daß durch den sexuellen Kontakt mit dem Tier eine echte Gefühlsbindung besteht. Ein Fall von HIRSCHFELD (56) zeigt dies im grotesken Maße. Hier wird die Bindung zum Pferd so weit übertrieben, daß dieses testamentarisch zum Haupterben eingesetzt wird. Die größere Reinlichkeit des Pferdes gegenüber anderen Tierarten wie zum Beispiel Rind oder Schwein, mag ebenfalls eine Rolle spielen. Es wäre durchaus vorstellbar, daß eine stark verschmutzte Kuh einen so großen Widerwillen beim Täter auslöst, daß die sodomitische Handlung unterbleibt.

Zu beachten ist noch die geringe Vorkommnis der Sodomie beim Hund. Obwohl sich dieses Tier immer größter Beliebtheit erfreut hat, scheint es für unzüchtige Handlungen nur selten benutzt zu werden.

Bei der Wertung dieses Ergebnisses sind jedoch einige Besonderheiten sowohl bei der Durchführung der Sodomie als auch bei der Aufklärung des Tatbestandes zu berücksichtigen.

Die Sodomiten sind überwiegend Frauen (30,40,92), wobei oft eine übertriebene Tierliebe zur sexuellen Beziehung führt (56,83,117). Die Form der Sodomie ist meistens ein Belegenlassen des Genitales durch den Hund (114), der sowohl männlichen als auch weiblichen Geschlechts sein kann. Ein Einführen des Penis des Tieres in die Vagina der Frau, also eine aktive Beteiligung des tierischen Partners, kann jedoch auch durch Dressur erzwungen werden (40,112). KINSEY und Mitarbeiter (82) beobachteten sogar eine Gewöhnung des Tieres an die sexuelle Vereinigung, die so weit ging, daß die eigenen Geschlechtsgeossen nicht mehr beachtet wurden (158). Vorstellbar wäre nun, daß gerade bei dieser Tierart eine hohe Dunkelziffer zu berücksichtigen ist. Folgende Überlegungen sprechen für diese Annahme:

1. Das mißbrauchte Tier ist fast immer Eigentum des Täters. Wenn die Sodomie also nicht von einem Dritten beobachtet wird, und diese Möglichkeit besteht kaum, da der Tatort die Wohnung ist, gibt es keinen Ankläger.
2. Eine Verletzung des Tieres ist selten. Einerseits ist dies durch die Art der Durchführung der Sodomie bedingt, andererseits wird der Täter sich hüten, sein eigenes Hab und Gut zu beschädigen.

3. Hatte die Tat für das Tier dennoch Folgen, so wird oft der Weg zum Tierarzt aus Scham oder Furcht vor einer Entdeckung gescheut.

So ist es denn nicht verwunderlich, wenn auch von seiten des Veterinärmediziners nur wenige Fälle von Sodomie bei Hunden bekannt sind.

Unsere 3. Frage sollte die Lücke zwischen den gerichtlich erfaßten Fällen und den bekannten, aber nicht zur Anzeige gelangenden Fällen deutlich machen.

Gerichtliches Verfahren	ja	nein	unbekannt
	81	177	16
	= 29,5 %	= 64,6 %	= 5,9 %
		unbekannt	
		= 70,5 %	

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß von den 274 Fällen nur 81 einer gerichtlichen Verfolgung ausgesetzt waren, während 177 Fälle nicht geahndet wurden und 16 unbekannt blieben. Dies würde bedeuten, daß nur 1/3 der bekannten Fälle zur Verurteilung führen.

Die negativen Antworten müssen jedoch näher untersucht werden. Es gibt nämlich verschiedene Möglichkeiten, die den Tierarzt zu einem "nein" bewegt haben könnten:

1. Er weiß genau, daß kein gerichtliches Verfahren stattgefunden hat.
2. Es ist ihm nichts darüber bekannt.
3. Er erinnert sich nicht mehr.
4. Er ist verzogen und kann daher keine Nachforschungen betreiben.
5. Er wurde nicht als Sachverständiger vor Gericht geladen.

Da wir diese Punkte mit unserer Fragestellung nicht differenzieren können, sind wir gezwungen, die negativen Antworten den unbekannten zuzuordnen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß es unter den unbekannten Fällen noch einige geben könnte, die in Wirklichkeit positiv beantwortet werden müßten. Deshalb modifizieren wir unsere Aussage und stellen fest, daß bei 29,5 % der 274 Fälle ein gerichtliches Verfahren stattgefunden hat, während 70,5 % unbekannt blieben. Dennoch können wir folgendes Fazit ziehen: Es gibt weitaus mehr sodomitische und sadistische Fälle als gerichtliche Ahndungen.

6. Literaturdokumentation

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahndung
1393	(157)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	ja
1416	(14)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	ja
1511	(58, 59)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	Hinrichtg. d. d. Rad
1517	(128)	1	+		Esel	unbekannt	männl.	Feuertod
1519	(168)	1	+		unbekannt	unbekannt	weibl.	Feuertod
1532	(58)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	Enthauptung
1538	(116)	1	+		Rind	unbekannt	männl.	Feuertod
1542	(11)	1	+		Rind	unbekannt	männl.	Feuertod
1564	(78)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1576	(176)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1581	(77)	6	+		Rind	unbekannt	männl.	Hinrichtung d. d. Schwert
1585	(149)	1	+		Rind	unbekannt	unbek.	Feuertod
1586	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1587	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1592	(149)	1	+		Esel	unbekannt	unbek.	Feuertod
1595	(168)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	Hinrichtung d. d. Rad
1597	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1598	(149)	2	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1598	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1599	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1603	(149)	2	+		Rind	unbekannt	unbek.	Feuertod

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Abndung
1604	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	unbek.	Feuertod
1605	(149)	1	+		Rind	unbekannt	unbek.	Feuertod
1605	(168)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	Hinrichtung d.d.Schwert
1605	(168)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	Hinrichtung d.d.Rad
1600	(71)	1	+		Hund	unbekannt	weibl.	Feuertod
1600	(71)	1	+		Esel	unbekannt	männl.	Feuertod
1600	(85)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1600	(11)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1611	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Straffreiheit
1613	(149)	3	+		Rind	unbekannt	männl.	Feuertod
1614	(149)	1	+		Rind	unbekannt	männl.	Feuertod
1618	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1618	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1624	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Landesverweisung
1624	(149)	1	+		Pferd	unbekannt	männl.	Feuertod
1627	(149)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	Hinrichtung d.d.Schwert
1650	(11)	7	+		Rind	unbekannt	unbek.	unbekannt
1676	(11)	20	+		Pferd	unbekannt	unbek.	ja
1680	(27)	9	+		Pferd, Hund, Schwein, Rind, Schaf	unbekannt	unbek.	Feuertod
1686	(51)	1	+		Rind	unbekannt	unbekannt	Feuertod
1700	(160)	2	+		Hund	unbekannt	unbekannt	Feuertod

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Abndung
1732	(32)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl.	ja
1734	(168)	1	+		Rind	unbekannt	männl.	Tod durch Erwürgen
1738	(167)	5	+		Rind	unbekannt	unbekannt	unbekannt
1843	(44)	7		+	Rind	Verletztg. i. d. Scheide bzw. Not- schlachtung	unbekannt	unbekannt
~1850	(171)	3	+		Ziege	unbekannt	männl.	Feuertod bzw. Tod d. Ertränk.
~1850	(44)	4	+	+	Geflügel	Tod	unbekannt	unbekannt
~1850	(94)	1	+	+	Geflügel	unbekannt	männl. (Lehrl.)	unbekannt
~1850	(94)	mehrere	+		Geflügel	unbekannt	männl.	unbekannt
~1850	(57)	1	+		unbekannt	unbekannt	männl. (Schrift- steller)	ja
1857	(113)	4		+	Rind	Tod	unbekannt	unbekannt
1873	(108)	mehrere	+		unbekannt	unbekannt	männl. (Ingenieur)	unbekannt
1879	(172)	1		+	Pferd	Uterus zer- rissen	männl. (Tierpf1.)	unbekannt
1879	(172)	1		+	Pferd	Tod d. Eier- stockquet- schung	männl. (Knecht)	unbekannt
1880	(45)	1	+	+	Geflügel	unbekannt	männl.	unbekannt
1884	(36)	23	+	+	Rind	Tod	männl. (Knecht)	unbekannt

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahndung
1386	(36)	3	+	+	Rind, Ziege	Tod	männl. (Knecht)	unbekannt
1886	(36)	2	+	+	Rind	Tod	männl. (Knecht)	unbekannt
1897	(135)	3		+	Pferd	Tod	unbekannt	unbekannt
1390	(101)	1		+	Pferd	Tod	unbekannt	unbekannt
1890	(119)	3		+	Pferd	Tod	männl. (Soldat)	unbekannt
1391	(98)	8		+	Rind	unbekannt	weiblich	unbekannt
1891	(22)	14		+	Rind	Scheiden- verletzung	unbekannt	unbekannt
~ 1900	(99)	20	+	+	Esel, Pferd	Tod	männl. (Knecht)	keine Anzeige
~ 1900	(99)	5		+	Rind	Tod	männl. (Knecht)	keine Anzeige
1894	(44)	8		+	Rind	Tod bzw. Not- schlachtung	männlich (Viehwär- ter)	Unzurechnungs- fähigkeit wegen Schwachsinn
1395	(135)	1		+	Rind	Notschlacht.	männlich	nein
1395	(44)	6		+	Ziege, Rind	unbekannt	männlich (Viehwär.)	nein
1395	(44)	1		+	Rind	unbekannt	männlich (Viehwär.)	nein
1396	(156)	1	+		unbekannt	unbekannt	männlich (Viehwär.)	unbekannt
1397	(131)	18		+	Rind	Tod	unbekannt	unbekannt
1399	(135)	5		+	Pferd	Tod	männlich (Hand- werker)	nein

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahnung
~1900	(154)	4	+	+	Geflügel Rind	Tod bei Geflügel	männlich (Vorbe- strafter)	unbekannt
~1900	(94)	3	+		Katze, Hund, Kaninchen	unbekannt	männlich	unbekannt
~1900	(94)	1	+		Hund	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1900	(64)	mehrere	+		Hund	unbekannt	männlich (Mörder)	unbekannt
~1900	(10)	mehrere	+	+	Schaf, Ziege Geflügel, Hund	bei Geflü- gel Tod	männlich (Mörder)	unbekannt
~1900	(10)	1	+		Pferd	unbekannt	männlich (Mörder)	unbekannt
~1900	(173)	1		+	Pferd	Tod	männlich	nein
~1900	(95)	2		+	Rind, Schaf	unbekannt	männlich	ja
~1900	(154)	2	+		Hund und andere	unbekannt	männlich (Medizin.)	unbekannt
~1900	(26)	mehrere		+	Hund	Tod	männlich (Sergeant)	ja
~1900	(112)	1	+		Hund	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1900	(91)	mehrere	+		Geflügel, Pferd, Hund	unbekannt	männlich	unbekannt
~1900	(139)	1	+		Ziege	unbekannt	männlich (Tagelöh- ner)	unbekannt
~1900	(52)	1	+		Hund	unbekannt	männlich	unbekannt

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahndung
~1900	(20)	8		+	Rinder	Erkrankg. u. Todesfälle	männlich	unbekannt
1918	(169)	2		+	Pferd	Tod	männlich (Stall- knecht)	nein
~1900	(9)	2		+	Pferd	Verletzg. d. Scheide bzw. Tod	unbekannt	unbekannt
~1900	(61)	1		+	Geflügel	Tod	männlich	unbekannt
~1900	(106)	2		+	Geflügel	Erdrösselg. bzw. Schlach- tung	männlich	unbekannt
~1900	(103)	mehrere	+		unbekannt	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1900	(32)			+	Pferd, Rind Schaf	unbekannt	unbekannt	unbekannt
~1900	(54)	5		+	Rind	Notschlacht.	unbekannt	unbekannt
~1900	(54)	18		+	Rind	Verletzg. bzw. Notschlachtg.	männlich	Freispruch
~1900	(39)	1	+	+	Rind	Notschlachtg.	Männlich	ja
~1900	(125)	2	+		Rind	Tod	männlich	unbekannt
~1900	(90)	8	1+	7+	Schwein, Pferd, Hund, Rind	Bei Schwein u. Rind Not- schlachtg., bei Hund Tod, bei Pferd Er- krankung	männlich (Alkohol- liker, Gärtner, Tierpfleg- Glasschlei- fer, Dreh- orgelspie- ler)	2 x 1 x Freispruch 1 x Verurteilung wegen Sachbe- schädigung

Jahr	Autor	Anzahl d. Faller	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahndung
1904	(42)	1	+	+	Rind	Notschlacht.	männlich (Vorbe- strafter Handarb.)	ja
~1900	(63)	1		+	Rind	Notschlacht.	unbekannt	unbekannt
~1900	(170)	1	+	+	Geflügel	unbekannt	männlich	unbekannt
~1900	(92)	mehrere	+		Hund	unbekannt	männlich (Ingeni- eur)	unbekannt
~1900	(92)	1	+	+	Geflügel	unbekannt	männlich	unbekannt
~1900	(56)	1	+		Katze	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1900	(56)	1	+		Geflügel	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1900	(56)	1	+		Pferd	unbekannt	männlich	unbekannt
~1900	(130)	mehrere	+	+	Geflügel	Tod	männlich	nein
~1900	(130)	1		+	Pferd	Mastdarm- verletzg.	männlich (Kutscher)	nein
~1900	(130)	1		+	Pferd	Blutungen a.d.Scheide	männlich (Stall- bursche)	nein
~1900	(70)	1		+	Rind	Notschlachtg.	unbekannt	nein
~1900	(12)	1		+	Pferd	Notschlachtg.	unbekannt	nein
~1900	(12)	1		+	Pferd	Botschlachtg.	unbekannt	nein
~1900	(145)	1		+	Pferd	Zerreißung d.Scheiden- schleimhaut	männlich	nein
~1900	(145)	mehrere		+	Rind	Verletzung d.Scheide	unbekannt	unbekannt

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahnung
~1900	(145)	1		+	Rind	Perforierende Wunde in der Scheide	männlich	unbekannt
~1900	(145)	3		+	Pferd, Rind	Kolik b. Pferd Verletzg. des Mastdarms beim Rind	unbekannt	unbekannt
~1900	(145)	1		+	Rind	Notschlachtg.	unbekannt	unbekannt
~1900	(118)	1		+	Schwein	Notschlachtg.	unbekannt	unbekannt
~1910	(44)	mehrere		+	Rind	Notschlachtg.	männlich (Knecht)	unbekannt
1917	(138)	14		+	Rind	8x Tod 6x Erkrankg.	männlich (Knecht)	4 Monate Kerker
1921	(138)	über 50		+	Rind	Notschlachtg. bzw. Tod	männlich Viehvärt.	unbekannt
~1900	(23)	unbekannt	unbekannt	unbekannt	Rind	unbekannt	unbekannt	unbekannt
~1900	(38)	unbekannt	unbekannt	unbekannt	Rind	unbekannt	unbekannt	unbekannt
~1900	(89)	mehrere	+		Hund, Katze	unbekannt	männlich (Lehrer)	unbekannt
~1900	(37)	1	+		Hund	unbekannt	männlich (Landarb.)	unbekannt
~1900	(24)	1	+		Schwein	unbekannt	männlich (Bauer)	Anzeige
~1900	(19)	1	+		Pferd	unbekannt	unbekannt	unbekannt
~1900	(51)	mehrere		+	Geflügel	Tod	männlich (Medizin- student)	unbekannt
~1900	(51)	mehrere	+		Ziege	unbekannt	männlich (Mörder)	unbekannt

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahnung
1906	(115)	1	+		Rind	Schlachtung	männlich (Mörder)	unbekannt
~1900	(146)	7		+	unbekannt	unbekannt	weiblich	ja
~1900	(69)	1	+		Schwein	unbekannt	männlich (Kraft- fahrer)	ja
~1920	(152)	1	+		unbekannt	unbekannt	männlich (Sägearb. vorbestr.)	unbekannt
~1920	(152)	1	+		Rind	unbekannt	männlich (landw. Hilfsarb.)	unbekannt
~1920	(152)	mehrere	+		Rind	unbekannt	männlich (landw. Hilfsarb.)	unbekannt
~1920	(152)	mehrere	+		Katze, Rind	unbekannt	männlich	unbekannt
~1950	(114)	1	+	+	Geflügel	unbekannt	männlich (Alkohol.)	unbekannt
~1950	(114)	2	+		Rind, Pferd	unbekannt	männlich (Rentner)	unbekannt
~1950	(114)	1	+		Ziege	unbekannt	männlich (Bauern- sohn)	ja
~1950	(114)	mehrere	+		Rind	unbekannt	männlich (Schmiede- geselle)	unbekannt
~1950	(114)	1	+		Rind	unbekannt	männlich	ja

Jahr	Autor	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Ahnung
~1950	(114)	über 40		+	Pferd- Schwein Rind	Notschlach- tung	männlich (Melker)	unbekannt
~1950	(114)	mehrere		+	Rind Pferd	unbekannt	männlich (Unter- offizier)	ja
~1950	(114)	2	+	+	Rind	Notschlacht. bzw. Erkrank- kung)	männlich (Lehr- öling)	unbekannt
~1950	(109)	mehrere	+	+	Geflügel	unbekannt	männlich (Gefange- neninsasse)	ja
~1950	(83)	1	+		Hund	unbekannt	weiblich (Hausge- hilfin)	unbekannt
~1950	(147)	1	+		Rind	unbekannt	männlich (Landarb.)	unbekannt
~1950	(21)	mehrere	+		Ziege, Esel	unbekannt	unbekannt	unbekannt
~1950	(50)	mehrere	+		Geflügel	unbekannt	männlich	unbekannt
~1950	(35)	mehrere	+		Ziege, Hund	unbekannt	männlich (Farmer)	unbekannt
~1950	(4)	mehrere	+		Rind	unbekannt	männlich	unbekannt
~1950	(63)	mehrere	+		Pferd, Ziege Rind	unbekannt	männlich	unbekannt
~1950	(102)	1	+	+	Geflügel	Tod	männlich (Alkohol- liker)	unbekannt
~1950	(102)	1	+		Ziege	kein Schaden	männlich	unbekannt

Jahr	Aut. (102)	Anzahl d. Fälle	Sodomie	Sadismus	Tierart	Folgen für das Tier	Täter	Andung
~1950	(102)	1	+		Rind	kein Schaden	männlich	unbekannt
~1950	(102)	1	+		Rind	kein Schaden	männlich	unbekannt
~1950	(102)	1	+		Schaf	kein Schaden	männlich	unbekannt
~1950	(111)	1	+		Hund	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1950	(111)	1	+		Hund	unbekannt	weiblich	unbekannt
~1950	(111)	1	+		Hund	unbekannt	männlich	unbekannt
~1950	(150)	1	+		Hund	unbekannt	weiblich	Anzeige
~1950	(150)	1	+		Schwein	unbekannt	männlich	Anzeige
~1950	(150)	1	+		unbekannt	unbekannt	weiblich (Haus- tochter)	unbekannt
~1950	(163)	mehrere	+		Schwein	unbekannt	männlich (Dienst- bote)	Anzeige
~1950	(153)	mehrere	+		Rind Geflügel	unbekannt	männlich (Waldarb.)	unbekannt
~1950	(153)	6	+		Rind Geflügel	Schlachtung bzw. Tod	männlich (Waldarb.)	unbekannt

Auswertung der Tabellen

1. Anzahl der Fälle:

Aus der uns zur Verfügung stehenden Literatur konnten wir über 500 Fälle von Sodomie und Sadismus entnehmen. 474 wurden zur weiteren Auswertung herangezogen.

2. Häufigkeit von Sodomie und Sadismus:

474 Fälle

<u>Sadismus</u>	<u>Sodomie</u>	<u>Sodomie und Sadismus</u>
266	139	69
= 56,1 %	= 29,1 %	= 14,6 %

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß der Zoodadismus fast doppelt so häufig vorkommt wie die Sodomie, beide Delikte gleichzeitig aber nur selten ausgeübt werden.

3. Tierart

Die Verteilung auf die einzelnen Tierarten ergab folgendes Ergebnis:

Hier konnten wir nur 346 Fälle verwerten

<u>Rind</u>	<u>Pferd</u>	<u>Hund</u>	<u>Geflügel</u>	<u>Ziege</u>
233	61	17	15	7
=67,3 %	=17,6 %	= 4,9 %	= 4,3 %	= 1,7 %
<u>Schwein</u>	<u>Schaf</u>	<u>Katze</u>	<u>Kaninchen</u>	<u>Esel</u>
6	3	2	1	1
= 1,7 %	= 0,9 %	= 0,6 %	= 0,3 %	= 0,3 %

Da uns eine Statistik über die Häufigkeit des Vorkommens der einzelnen Tierspezies während der sieben Jahrhunderte fehlt, können wir keine direkten Aussagen machen.

Eine Bevorzugung der Großtiere wie Rind und Pferd ist dennoch klar ersichtlich.

4. Ausgang des Deliktes für das Tier

Bei den sodomitischen Fällen wurden nur drei mal Verletzungen angegeben (2 Kühe siehe bei NEUHOFF (125), 1 Schwein siehe bei KOTHE (90), die aber so schwer waren, daß sie zum Tod bzw. zur Notschlachtung führten. Die sadistischen Handlungen fanden fast immer einen tödlichen Ausgang. In wenigen Fällen beschrieben die Verfasser Rötungen und Schwellungen der äußeren Scham und der Scheide, Schleimhautabschürfungen in Scheide und Mastdarm, Erosionen bzw. Zerreißen der Scheiden- oder Mastdarmschleimhaut, die geheilt werden konnten. Hingegen wurden Perforationen des Darmes oder des Uterus, die meist tödlich verliefen, häufig geschildert.

Wir müssen also hieraus entnehmen, daß bei sodomitischen Handlungen allein dem Tier selten ein Schaden zugefügt wird. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß die Unzucht beim Geflügel fast immer als Sadismus bezeichnet wird, obwohl in vielen Fällen der Koitus ausgeübt wurde. Streng genommen müßten wir also diese 15 Fälle noch zu denen mit ungünstigem Verlauf für das Tier rechnen. Das entscheidende Kriterium für die Schmerzerzeugung bei der Sodomie scheint also allein die Tiergröße zu sein. Sadistische Täter führen dagegen unabhängig von Tierart und -größe in der überwiegenden Anzahl der Fälle zu Qualen und Leiden des Tieres.

5. Täter

Auffällig bei den Tätern ist die geringe Anzahl der weiblichen Personen. Von den 11 Frauen sind 3 zu sodomitischen

Akten mit Hunden von ihren Männern gezwungen worden. 1 Person verübte sadistische Handlungen bei Rindern. Bei 3 Mädchen blieb es beim Streicheln und Berühren der Tiere. (Vögel und Kater siehe bei HIRSCHFELD (56). Die männlichen Täter sind vorwiegend Stallknechte, Viehwärter bzw. solche Personen, die beruflich mit Tieren zu tun haben. 2 Mediziner (51,164), 1 Lehrer (89) und 3 Ingenieure sind soziologisch in diese Gruppe nicht einzuordnen (92,108,111).

Der Mediziner bei STEKEL (164) litt unter Verfolgungswahn, bei HENTIG und KORT finden wir keine Angaben über die Psyche des Täters. Der Ingenieur bei MARTIN (111) soll eine Schädelverletzung gehabt haben, während KRAFFT-EBING (92) von seinem Täter als einem "neuropathischen Subjekt von Kindheit an" spricht. Rezidivierende Manien mit gesteigertem Geschlechtstrieb wurden ebenfalls beschrieben.

MAGNANS (108) Patient wird in der Kindheit als schwächlich neuropathisch bezeichnet und hatte später manische Anfälle.

Diese Tätergruppe zeichnet sich also durch eine pathologische Psyche aus. Bei Viehwärtern und ähnlichen Personen wird manchmal leichter Schwachsinn oder Debilität angeführt. Knaben, die sich in der Vor- bzw. pubertären Phase befinden, werden zuweilen als Sodomiten genannt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Personen, die häufig Kontakt mit Tieren haben, den Hauptanteil der Täter ausmachen. Geistig minderbemittelte finden sich in dieser Gruppe nicht selten. Knaben in der Pubertät machen nur einen geringen Teil der Sodomiten aus. Bei Personen mit gehobenen Berufen entspringen sodomitische Handlungen fast immer einer pathologischen Psyche.

6. Ahndung

Während im Mittelalter fast jede Tat mit dem Feuertod bestraft wurde, findet man im 19. und 20. Jahrhundert nur wenige Angaben über eine eventuelle Ahndung vor. Ankläger sind hier häufiger vorhanden als eine gerichtliche Verurteilung erfolgt ist.

7. Die amtliche Statistik
von 1909 - 1966

Tabelle 1: Deutsches Reich 1909-1931 (25)

Jahr	Abgeur- teilte	Verur- teilte	Frei- spruch	weibl- lich	Jugend- liche	Vor- bestrafte
1909	336	292	54	wurden aus unbekannten Gründen nicht erfaßt	81	121
1910	331	281	49		72	114
1911	342	295	47		90	98
1912	322	268	54		72	98
1913	341	290	51		82	117
1920	39	28	11	1	11	5
1921	86	68	18	2	21	8
1922	7	6	1	-	3	2
1923	31	29	1	1	11	4
1924	12	7	5	2	1	1
1925	111	88	22	1	13	20
1926	135	113	22	1	43	26
1927	118	87	31	1	25	18
1928	202	168	33	-	37	45
1929	223	184	38	2	49	54
1930	221	179	42	1	36	43
1931	193	157	34	1	32	45
1935	209 bestrafte Fälle (117)					
1936	247 bestrafte Fälle (117)					

In der Kriminalstatistik Westdeutschlands wurden
1950-1953 keine Zahlen veröffentlicht.

Tabelle 2: Statistik der BRD Wiesbaden von 1954-1958

<u>Jahr</u>	<u>Aburteilungen</u>	<u>Verurteilungen</u>	<u>männlich</u>	<u>weiblich</u>	<u>Freispruch</u>
1954	130	97	125	5	28
1955	95	78	95	-	17
1956	114	99	113	1	15
1957	124	113	123	1	11
1958	113	96	113	-	17

Verteilung nach Altersgruppen (1954-1958)

<u>Altersgruppe</u>	<u>Aburteilungen</u>	<u>Altersgruppe</u>	<u>Aburteilungen</u>
14-15	38	30-40	36
16-18	89	40-50	46
18-21	106	50-60	29
21-25	77	60 u.mehr	26
25-30	36		

Tabelle 3: Statistik der BRD von 1963-1966

<u>Jahr</u>	<u>Aburteilungen</u>	<u>Verurteilungen</u>
1963	86	74
1964	90	86
1965	73	63
1966	57	45

Weiterhin ist aus den Zahlen des statistischen Bundesamtes ersichtlich, daß im Jahre 1966 alle nach dem § 175b StGB Abgeurteilten, die zwischen 18-21 Jahre alt waren, Volks- und Hilfsschulbildung besaßen, bei den 14-18jährigen Delinquenten standen 83 % auf dieser Bildungsstufe, diese Altersgruppe machte 28 % aller Täter aus (1954-1958= 26 %). Im Jahre 1965 betrug der Anteil der Täter bis zum 30. Lebensjahr an der Gesamtzahl der Aburteilungen etwa 85,7 % (1954-1958= 71 %), wobei zu beachten ist, daß wahrscheinlich eine größere Zahl von entdeckten jungen Tätern nicht angezeigt wurde, weil derartige Handlungen als Jugendverfehlungen leichter entschuldigt werden als bei Erwachsenen. Von den Erwachsenen waren über 58 % der Verurteilten vorbestraft (123).

Die durchschnittliche Zahl der Verurteilungen beträgt von 1909-1931 179, von 1954-1958 117 und von 1963-1966 nur noch 76. Eine abfallende Linie ist also zu erkennen. Auffällig ist noch die geringe Zahl der gerichtlichen Verurteilungen von 1920-1924.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß eine deutliche Abnahme der Aburteilungen von 1909-1966 ersichtlich ist. Die Täter sind in überwiegender Anzahl männliche Personen. Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl beträgt ungefähr 20 %. Eine niedrige Bildungsstufe kann bei vielen Delinquenten festgestellt werden. Vorstrafen scheinen eine Rolle zu spielen. Sie machen von 1909-1931 ungefähr 20 % aus, im Jahre 1966 waren von den Erwachsenen über 58 % vorbestraft.

8. Sodomie und Sadismus als psychopathologisches Problem

Die Sodomie und der Sadismus werden in der Psychiatrie als Perversionen, d.h. Abnormitäten des sexuellen Verhaltens bezeichnet (161). Das Abnorme bei der Sodomie liegt in der Objektwahl, während bei dem Sadismus die Art des Aktes abwegig und mit zugefügten Qualen verbunden ist. Das Verhältnis der Gesellschaft zu den Geschlechtsperversionen änderte sich im Laufe der Geschichte.

Im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts faßte man die Perversionen als psychische Entartung auf, hielt sie für eine große Sünde und brachte sie zuweilen mit dem Teufel in Verbindung. Mit der Entwicklung der modernen Seelenlehre setzte sich weitgehend eine unbefangene und wissenschaftlich analysierende Haltung durch.

Für die Entstehung der Geschlechtsperversionen gab es am Ende des 19. Jahrhunderts zwei Lager:

Die Anhänger der erblichen Theorie, wie zum Beispiel MOLL, EULENBURG, KRAFFT-EBING, CASPER, ELLIS und die Anhänger der erworbenen Theorie, wie TARNOWSKY und SCHRENCK-NOTZING (65). In der modernen Psychiatrie wird die Sodomie auch als Pseudoperversion bezeichnet (161). Das heißt, daß die sexuelle Entwicklung des Sodomiten nicht krankhaft verändert ist, sondern das Tier nur als Ausweg bzw. Ersatz benutzt wird. Ein wichtiges Beispiel ist hier die Entgleisung in der Pubertät. Da viele Jugendliche ihre Triebstauungen und Triebspannungen aus Hemmungen oder Unsicherheiten heraus nicht an einem natürlichen Partner entladen können, suchen sie beim Tier Zuflucht (40,79,80,82,123). (Bei KINSEY sind 3 % der Männer und 1,5 % der Frauen im vorpubertären Alter (80)).

Nach KINSEY (80) werden viele Knaben bei der Beobachtung des

tierischen Geschlechtslebens zu sodomitischen Handlungen stimuliert, indem sie sich mit den sich paarenden Tieren identifizieren. Auch das Beispiel eines anderen Sodomiten kann zu solchen Kontakten verleiten (34).

Mit zunehmender Reife verschwinden diese abnormen Betätigungen und machen den natürlichen Beziehungen Platz. Im Alter führt eine geschwächte sexuelle Leistungsfähigkeit bei gleichzeitig erhaltener Triebstärke zur Sodomie. Oft läßt jedoch erst eine verminderte Moral, ausgelöst durch die senile Demanz, die abnorme Objektwahl zu (40,92). Bei einsam lebenden Menschen, denen der natürliche Partner fehlt, gibt es häufig sodomitische Beziehungen (3,40,92,110,123,180). Menschen, denen durch körperliche Mängel der normale Sexualakt verwehrt wird, wenden sich ebenfalls den Tieren zu (34,40). Nach GRASSBERGER (40) muß jedoch ein gewisser Grad von Schwachsinn vorhanden sein, um für sodomitische Akte bereit zu sein.

In seltenen Fällen können umweltbedingte Schwierigkeiten (Ehe, Arbeitswechsel) zu sexuellen Fehlhaltungen führen (40). Bei Menschen, die dauernd Umgang mit Tieren haben, wie Bauern, Knechte, Landarbeiter, Hirten und bei Personen mit infantiler Bildungsstufe und daher geringeren moralischen Wertbegriffen, findet man die Sodomie am häufigsten als Ersatzhandlung (13,48,92,97,102,110,123,166,179). Debilität scheint manchmal eine Rolle zu spielen. Bei GRASSBERGER sind 49 % der Sodomiten debil oder sogar imbezil (40), bei SURY sind von 387 Angeklagten nur 19 geistig beschränkt (168). Schwachsinn allein führt jedoch selten zur w.U. (41,60,140). Der Einfluß von Rauschmitteln scheint erheblich zu sein (25,34,102,115,179). Nach GRASSBERGER werden zum Beispiel $\frac{1}{4}$, nach BERG $\frac{1}{3}$ der Taten unter Alkoholeinfluß begangen (10,40). Dabei

soll die Enthemmung dem Täter die Verwirklichung seiner sodomitischen Wünsche ermöglichen.

Alle die bisher genannten Tätergruppen zeichnen sich dadurch aus, daß sie in ihrer Sexualempfindung nicht abwegig sind. Sie betreiben das Abnorme entweder nur in einer bestimmten Entwicklungszeit, aus der Gelegenheit heraus, in Ermangelung eines menschlichen Partners oder zur Entladung ihrer Triebspannungen. Hier wird auch die größte Dunkelziffer zu beobachten sein, denn das Tier nimmt kaum Schaden, es sei denn, daß es, ausgelöst durch den Widerstand des Tieres oder durch die enthemmende Wirkung des Alkohols zu Mißhandlungen und sogar zum Tod des Tieres kommt.

Die Sodomie als echte Perversion kommt äußerst selten vor. Hier wird ausschließlich das Tier zur sexuellen Befriedigung benötigt. Die Fixierung auf das abartige Geschlechtsobjekt geht so weit, daß der Mensch als Sexualpartner keine Beachtung mehr findet (116,123). STEKEL ordnet diese Form dem Fetischismus unter (56,114,164).

Wichtig ist, daß nicht nur die Triebhaftigkeit, sondern auch eine erotische Komponente zu dieser Beziehung führt. Es kommt also noch eine seelische Bindung hinzu (123). Der Ursprung dieser Bestialität liegt häufig in einem Kindheitserlebnis. Das Triebobjekt und die Befriedigungsform werden auf eine bestimmte Entwicklungszeit fixiert und bleiben dann auf dieser Stufe stehen (16).

Der echte Sadismus beruht immer auf psycho-pathologischer Grundlage (161). Auch hier gibt es Bekenner der angeborenen Theorie, wie SCHRENCK-NOTZING, KRAFFT-EBING und Bekenner der erworbenen Theorie, wie zum Beispiel FREUD (179).

Während die Anhänger FREUDs die Grausamkeit sadomasochistisch und jeden Sadomasochismus als sexuell bezeichnen, glauben die Behavioristen, daß die drei Begriffe nicht immer zusammen gehören (35). Auch KINSEY hält eine konstante Beziehung des Sadomasochismus zur Sexualität nicht für möglich (79). Ungeachtet dieses Streites über die Motivation bringt jede sadistische Handlung dem Tier Leiden und Qualen (siehe Literaturdokumentation). Im Extremfall führt die Grausamkeit zum Lustmord. So findet man in den Vorgeschichten der entsprechenden Kriminalakte manchmal zoosadistische Handlungen vor (10,51, 64,97,156).

Egal in welcher Form die Unzucht mit Tieren ausgeübt wird, das Tier wird zu Handlungen gezwungen, aus denen der Mensch seinen Lustgewinn bezieht, das Tier jedoch Gleichgültigkeit, oftmals Unwillen und häufig Qualen empfindet (40).

So steht auf der einen Seite das willenlose und meist wehrlose Tier, auf der anderen der beherrschende Mensch, der zur Befriedigung seines Triebes seinen stummen Partner ohne Hemmungen mißbrauchen kann. Selten wird ihn die Angst vor Verletzungen durch das Tier, häufiger die Furcht vor Entdeckung von seinem Vorhaben abbringen.

9. Das Tier als Sexualobjekt bei Sodomie und Sadismus

Die verschiedenen Formen der Ausübung der Sodomie und die unterschiedliche Tiergröße lassen das Tier hinsichtlich der Schmerzintensität unterschiedlich leiden. So bringt die Berührung der menschlichen Genitalien durch die Schnauze des Tieres keine Qualen oder Anstrengungen mit sich. Bei einem Tier, das noch gesäugt wird, ist dies

eine reine Reflexhandlung. Kälber z.B., die auf Rauhfutter verzichten müssen, belecken jeden Gegenstand. Hunde üben oftmals rein instinktmäßig den Kunnilingus aus, wenn sie den Geruch der Vagina wahrnehmen (40). Diese Praktik wird von weiblichen Tätern bevorzugt (40, 164). Das Ausüben der Fellatio bei einem männlichen Tier ist sehr selten (82). Hierzu muß das Tier erregt werden, was auch allein eine Form der Sodomie darstellen kann (123). Dies wird mit wenig Schwierigkeiten verbunden sein, da durch die manuelle Reizung das Erektionszentrum angesprochen wird und den Impuls **reflektorisch weiterleitet**. Eine Verletzung dürfte bei diesen Praktiken selten sein. Auch ein Reiben des menschlichen Gliedes am Körper^e des Tieres dürfte keine weiteren Folgen haben, es sei denn, das Tier setzt sich zur Wehr. Dann wird der Täter den Akt mit Gewalt herbeiführen wollen, was meistens mit Mißhandlungen und Quälereien für das Tier verbunden ist (40, 51).

Die Auswirkungen auf den tierischen Partner beim Koitus, einerlei, ob vaginal oder rektal ausgeführt, sind abhängig von der Tiergröße. Je kleiner das Tier, desto häufiger leidet es (40), so hat das Geflügel die geringste Überlebenschance. Man findet fast immer eine Perforation des Darmes vor. Bei Rind und Pferd sind im günstigsten Falle die Scham und die **Mastdarm-** bzw. **Scheidenschleimhaut** gerötet. Kleine Erosionen, die Blutungen zur Folge haben können, kommen häufig vor. Unruhe, Störrigkeit, herabgesetzte Freßlust zeigen sich als klinische Erscheinungen (168). Dauerndes Pressen und Stöhnen läßt auf schwerwiegende Verletzungen, wie zum Beispiel größere Wunden oder Zerreißungen der betroffenen Schleimhäute schließen. Eine Perforation des Darmes bzw. des Uterus findet man fast ausschließlich bei sadistischen Akten. Man unterscheidet

grausame Manipulationen während des Geschlechtsaktes und als vollkommenen Ersatz für den Geschlechtsakt (97), wobei die gleichzeitige Ausübung der Onanie vom Täter mit zur Triebbefriedigung herangezogen werden kann. Häufig wird durch das Einführen der Hand oder des ganzen Armes in After oder Scheide des Tieres ein Lustgewinn erzielt. Aber auch Instrumente wie Mistgabeln, Besenstiele, zugespitzte Stecke werden nicht selten zur Hilfe genommen (10, 51, 114, 123). Da bei Ausführung dieser Manipulation häufig rohe Gewalt und große Austrennung erforderlich sind, verlaufen die Verletzungen oft tödlich (siehe Literaturdokumentation). Für das Tier bringt diese Form der widernatürlichen Unzucht also den ungünstigsten Ausgang.

10. Sodomie und Sadismus als strafrechtliches Problem

Bei der Bestrafung des Menschen nach § 175b wurde hierauf jedoch keinerlei Rücksicht genommen. Es kam nicht auf den Grad der Tierquälerei an, wesentlich war, daß der Täter beischlafähnliche Handlungen ausgeübt hatte (136). Ein Schutz für das Tier lag also überhaupt nicht vor. Durch die Bestrafung des Menschen konnte es lediglich indirekt vor weiteren Mißhandlungen bewahrt werden.

Auf die verschiedene Auslegung des Tatbestandsmerkmals widernatürliche Unzucht sei kurz eingegangen (123). Zunächst verstand man darunter nur eine naturwidrige Befriedigung, die dem natürlichen Beischlaf ähnlich ist. Dabei sollte das Heranbringen des unentblößten Geschlechtssteils des Täters an den Geschlechtssteil des Tieres genügen (136). Nach der Trennung der Sodomie von der Homosexualität sollte die Rechtsprechung zur Homosexualität entsprechend auf die w.V. mit Tieren angewandt werden. Es genügt nun die

bloße Befriedigung des Tieres ohne die eigene geschlechtliche Erregung oder die eines Dritten (137). Nach dem Krieg wurde diese weite Auslegung abgelehnt. Der Tatbestand war jetzt erfüllt, wenn der menschliche Geschlechtsteil an den Geschlechtsteil oder After des Tieres herangebracht war und ähnlich wie bei der natürlichen Beischlafvollziehung verwendet wurde. Eine Vereinigung der Geschlechtsteile oder die Einführung in den After sowie ein Samenerguß waren nicht erforderlich.

Um einen weiteren Schutz des Tieres zu gewährleisten wäre es möglich, diejenigen Paragraphen des StGB heranzuziehen, die sich mit Sachbeschädigung bzw. mit der Erregung öffentlichen Ärgernisses beschäftigen. Aber im ersten Fall tritt nur eine Bestrafung des Schädigers ein, wenn die Beschädigung vorsätzlich oder durch frappante Verletzung gesetzlicher Vorschriften erfolgt. Dies wird in den allerseltensten Fällen möglich sein. Auch die Erregung öffentlichen Ärgernisses wird schwerlich nachzuweisen sein, da die meisten dieser Handlungen "im stillen Kämmerlein" ohne Zeugen stattfinden (40). Mit diesen beiden Paragraphen ist ein Schutz der Kreatur Tier also nicht ausreichend gewährleistet.

Wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, wird das Tier weder durch den § 175b noch durch die anderen vorher genannten §§ unmittelbar vor sodomitischen und sadistischen Handlungen des Menschen geschützt. Nach Aufhebung des § 175b durch das 1. Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 mit Wirkung vom 1. September 1969 erhebt sich die Frage, ob eine erneute Aufnahme der Sodomie in veränderter und wirkungsvollerer Form in das Strafgesetzbuch nötig ist.

Während man bis zum 18. Jahrhundert die Sodomie mit dem Tode bestrafte, da man in Gott allein den Verletzten sah, versuchte man seit der Aufklärung die Strafbarkeit mit rationalen Erwägungen wie "Angst vor körperlicher Schwächung des Bürgers", "vor Verachtung der Ehe", "vor der Gefährdung des Familienlebens", "vor Entvölkerung" zu begründen (165). Diese Auffassungen sind jedoch längst bedeutungslos geworden. Es ist bekannt, daß der Täter in den meisten Fällen die Ehe nicht negiert, sondern keine Möglichkeit zum Heiraten findet. Er kann also weder die Ehe verachten, noch das Familienleben gefährden. Eine Abnahme der Geburtenziffer ist auch nicht zu verzeichnen, da der Sodomit sich meistens aus Mangel an Gelegenheit zu normalem Geschlechtsverkehr dem Tier zuwendet. Auch ist die Zahl der sodomitischen Handlungen so gering, daß sie bevölkerungsstatistisch nicht ins Gewicht fällt. Eine gesundheitliche Schädigung des Sodomiten durch den Tat-akt konnte bisher nicht nachgewiesen werden (165). Man stützte sich deshalb immer mehr auf sittliche bzw. emotionale Begriffe und hielt das "sittliche Empfinden", "das Interesse der Öffentlichkeit", "die sittlichen Grundanschauungen des Volkes" für zu schützende Rechtsgüter (48). Nun leben wir aber heute in einem Zeitalter der Enttabuisierung der Sexualität, d.h., daß sich weithin eine natürliche Unbefangenheit im öffentlichen und privaten Umgang mit sexuellen Fragen durchgesetzt hat. Eine moderne Sexualerziehung wurde erst möglich, nachdem sich das Verhältnis zwischen Eltern, Lehrern und Erziehern gelockert hatte. Die Sexualität ist eine den ganzen Menschen mitbestimmende Realität, deren Leugnung oder Verdrängung zu Schäden führen kann.

Die Rechtssprechung, die sich auf das "sittliche Empfinden des Volkes" beruft, ist daher nicht mehr vertretbar (48,72,116).

Im E 1962 wurde vor allem die Menschenwürde als das zu wahrende Rechtsgut bezeichnet. Da sie nach Artikel 1 des Grundgesetzes vom Staat zu achten und zu schützen ist, wollte man mit den Mitteln des Strafrechtes eine schwerwiegende Mißachtung, wie sie durch sodomitische Handlungen erfolgen sollte, verhindern (48). Nach Meinung vieler Autoren wird aber bei der w.U. mit Tieren nur die Würde des Täters verletzt (48,72,116,123).

Nach MERKI, HANACK und MUTH ist es aber nicht Aufgabe des Strafrechts, die eigene Würde zu wahren (46,116,123). Dies würde dem Begriff des Rechtes widersprechen und damit ein gänzlich anderes Strafsystem erfordern. So will HANACK die Preisgabe der Eigenwürde rein moralischen Normen zuordnen. Er nennt viel schwerere Handlungen, die ebenfalls die Würde des Täters verletzen und nicht bestraft werden, wie Selbstverstümmelung, Selbstmord oder das Essen von Kot des Geschlechtspartners (48).

Ein weiterer Gesichtspunkt wird von GRASSBERGER angeführt. Er sieht durch die Verletzung der Menschenwürde Pflichten entstehen, da seiner Meinung nach "durch das unwürdige Verhalten das sozial so bedeutsame Bewußtsein des Eigenwertes aller Menschen verletzt wird." Er erklärt also die Würde des Dritten zum Schutzobjekt.

Dagegen stellt MUTH den Begriff der Menschenwürde als alleiniges Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion überhaupt in Frage, da "dieser als zu verschwommen und einer klaren Bestimmung nicht fähig angesehen werden muß" (123). Auch von HENTIG schließt sich dieser Meinung an. Er hält die Menschenwürde für "ein uferloses Maximum, als ein Ideal

des Utopisten und selbst im Grundgesetz mehr für äußere Zierde als Substanz" (51).

Allgemein gesehen umfaßt der Begriff der Menschenwürde die Entscheidungsfreiheit des Menschen, seine Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung und seine freie Persönlichkeitsentfaltung (123). Es ist ersichtlich, daß diese genannten Bereiche in keiner Weise durch sodomitische Handlungen berührt werden. Wie schon oben angeführt, definiert GRASSBERGER das Bewußtsein der Eigenwürde als "Ausdruck der Menschenwürde". Bei den unbeobachteten Fällen ist es in Übereinstimmung mit MUTH jedoch nicht erklärlich, wieso das Bewußtsein des Eigenwertes verletzt werden soll.

Weiterhin wird auch nicht jeder Mensch, der Kenntnis von der Tat hat, betroffen sein, denn eine einheitliche Moralauffassung, wie sie zum Beispiel im Mittelalter vorherrschte, gibt es nicht mehr. So meint MUTH, daß gerade durch die Kenntnisnahme von sodomitischen Akten der Zeuge sich in seinem Eigenwert erhöht fühlt (123).

Wie aus diesen Darlegungen hervorgeht, kann die Menschenwürde als zu schützendes Rechtsgut nicht allgemein anerkannt werden. Dieser Ansicht waren auch die Verfasser des Alternativentwurfs zum Entwurf 1962, als sie sich für eine Streichung der Sodomie einsetzten (74).

Wesentliche Reformbestrebungen zur Neufassung des Sexualstrafrechts kamen schleppend voran. Darin wird als Grundprinzip die Trennung von Moral und Strafrecht gefordert, da man der Meinung war, daß der Staat in der heutigen Demokratie, die von einer pluralistischen Gesellschaft getragen wird, nicht mehr als moralischer Tugendwächter auftreten könne (48,73,100,116,123,129,165).

"Er soll dem erwachsenen Staatsbürger nicht durch Verbote vorschreiben, was an züchtigen oder unzüchtigen Dingen er lesen, hören, sehen, kaufen oder tun darf." (67) Dies würde zum einen gegen das Toleranzprinzip verstoßen, zum anderen dem Bürger die Chance zur Mündigkeit, d.h. "zur Selbständigkeit, Toleranz, Kritikfähigkeit, zum eigenen Denken", verwehren (72). Daher sollte eine Handlung nur dann mit Kriminalstrafe bedroht werden, "wenn sie für die Gesellschaft im ganzen oder für einzelne ihrer Mitglieder so gefährlich und als Beispiel sozialwidrigen Verhaltens so unmöglich ist, daß zum Schutz der Allgemeinheit Kriminalstrafe als äußerstes Mittel staatlichen Zwanges und als stärkste Form sozialer Mißbilligung notwendig erscheint." (33)

Ein grober Verstoß gegen die Sittlichkeit gibt also keine Berechtigung für eine gerichtliche Strafe, d.h., daß die Unsittlichkeit nicht mehr um ihrer selbst Willen geschützt werden soll, sondern erst der Nachweis einer Sozialschädigung zur Ahndung führt.

Die Gefahr hierbei ist, daß die Nichterfassung eines bestimmten menschlichen Verhaltens im Strafrecht vom Volk als moralische Wertentscheidung aufgefaßt wird. Man müßte in solch einem Fall deutlich klarstellen, daß nur eine Sozialschädlichkeit verneint wird bzw. sich bei einer eventuellen Bestrafung mehr Nachteile als Vorteile ergeben (48).

POMMERING gibt folgende Formulierung: "Jedes Verhalten, welches ohne schädlichen Einfluß auf den Willen und das Gut des Mitmenschen bleibt, muß Angelegenheit des einzelnen sein, seines inneren Pflichtgefühls, seiner Verantwortung vor sich selbst überlassen bleiben." (132)

Übertragen auf sodomitische Handlungen würde dies bedeuten, daß der Mensch die Tat selbst vor seinem Gewissen verantworten muß. Da es sich in den meisten Fällen um Ersatzhandlungen handelt, der Täter also wieder zu seinem natürlichen Partner zurückfindet, kann er sich wahrscheinlich auch von eventuell auftretenden Gewissensbissen befreien. Bei debilen Tätern wird das unmoralische Tun gar nicht erst ins Bewußtsein dringen, so daß sie keine eigene Verantwortung tragen müssen.

Gravierende, das Gemeinwohl berührende Gefahren im sozialen Raum entstehen durch die w.U. nicht (48,67,73,116, 123,165). Wie schon weiter oben angeführt, wird sich kaum einer durch die Bestialität so gefährdet bzw. verletzt fühlen, daß er vom Staat geschützt werden muß.

Aus diesen Erläuterungen ist ersichtlich, daß eine Streichung des § 175b nach der modernen Auffassung vom Sexualstrafrecht voll gerechtfertigt ist. In der amtlichen Begründung zur Aufhebung des § 175b werden jedoch die oben ausführlich diskutierten Meinungen nur unvollständig berücksichtigt. Es heißt hier: "Die Strafvorschrift über die Unzucht mit Tieren hat gegenwärtig in der gerichtlichen Praxis nur noch geringe Bedeutung. Die Täter sind nach ihrer abnormen psychischen Verfassung selten mit Strafanordnungen anzusprechen. Kriminalpolitische Gründe für die Beibehaltung der Strafvorschrift sind nicht vorhanden. Daß der Täter sich durch die Unzucht selbst entwürdigt, ist kein hinreichender Anlaß für eine Bestrafung. Beobachtungen, daß die Täter, die wegen Unzucht mit Tieren aufgefallen sind, später zum Teil auch andere Sexualdelikte verüben, vermögen nach überwiegender Ansicht im Sonderausschuß eine Strafvorschrift gegen die Unzucht mit Tieren nicht zu rechtfertigen. Wird das Tier durch

die unzüchtigen Handlungen gequält oder roh mißhandelt, so kommt eine Bestrafung wegen Tierquälerei in Betracht, fremdes Eigentum ist durch die Strafvorschrift über Sachbeschädigung geschützt." (159)

In dieser Begründung wird hauptsächlich der abnorm psychische Täter angesprochen. Aus unseren früheren Betrachtungen wissen wir aber, daß zwar Debität eine Rolle spielt, die meisten Sodomiten aber die Tat als Ersatzhandlung betreiben und daher sehr wohl durch eine Ahndung betroffen werden können. Die geringe Anzahl der gerichtlichen Verurteilungen, wie auch die hohe Dunkelziffer und damit relativ häufige Verbreitung des Deliktes sind schon seit längerer Zeit bekannt und konnten in dieser Arbeit erneut nachgewiesen werden.

Während also die Aufhebung des § 175b zu bejahen ist, scheinen die amtlichen Argumente für die Streichung nicht den heutigen modernen Auffassungen vom Sexualstrafrecht zu entsprechen. Es scheint, daß der Gesetzgeber sich scheut, die Trennung von Moral und Strafrecht zu vollziehen. Vielleicht fürchtet er, daß dies von vielen Menschen mißverstanden wird. Selbst die katholische Kirche ist hier fortschrittlicher. Am 21.2.1969 verbreitete das Kommissariat der deutschen Bischöfe/katholisches Büro Bonn eine Stellungnahme zur Strafrechtsreform, in der die Strafbarkeit auf sozialschädliche Verhaltensweisen begrenzt und ein Schutz der Intimsphäre durch den Gesetzgeber verlangt wird.

Wie auch immer die Wertung der Gründe, die zur Abschaffung des § 175b geführt haben, bei jedem einzelnen ausfällt, ist für uns Veterinärmediziner, die wir den Schutz des Tieres wahren wollen, die Aufhebung des § 175b eine Tatsache; eine neue Auflage des § 175b erscheint ausgeschlossen.

11. Sodomie und Sadismus als Tierschutzproblem

Es ist ein großer Verdienst unserer Tierschutzvereine, die sich schon Mitte des vorigen Jahrhunderts in den großen Städten konstituierten, den Gedanken eines aktiven Tierschutzes aufzugreifen und Tierquälereien unter Strafe zu stellen. Preußen hatte in dem § 340 seines Strafgesetzbuches mit Geldstrafe oder Haft bestraft, "wer ein Tier öffentlich oder roh mißhandelt". Das Reichsstrafgesetzbuch, das 1871 teilweise unter Zeitnot erlassen wurde, handelte den "Tierschutz" im § 360 Nr. 13 ab. Nach diesem § machte sich, ähnlich dem Preußischen Paragraphen der Tierquälerei schuldig, "wer ein Tier öffentlich oder in ärgerniserregender Weise boshaft quält oder roh mißhandelt" (74). Der Tatbestand des boshaften Quälens oder rohen Mißhandelns genügte also nicht zur Bestrafung, sondern die Handlung mußte öffentlich oder in Ärgernis erregender Weise erfolgt sein. Eine Handlung, die mit empfindlichen Qualen für ein Tier verbunden sein mochte, mußte ungesühnt bleiben, wenn sie in einem abgeschlossenen, der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Raum, erfolgte oder wenn niemand Anstoß nahm. Der Preußische § 340 sowie der § 360 Nr. 13 des RStG dienten also nicht dem Schutz der Tiere, die eigentlich gegen Quälereien und Mißhandlungen geschützt sein mußten, sondern dem Schutz menschlicher Gefühle und Empfindungen vor dem peinlichen Gefühl, eine Tierquälerei mit ansehen zu müssen.

Am 26. Mai 1933 wurde durch die Einführung des § 145b eine Verbesserung herbeigeführt, denn die Kriterien der Öffentlichkeit und Ärgerniserregung fielen fort. Der wurde bestraft, der ein Tier roh mißhandelt oder absichtlich quält.

Am 24. November 1933 wurde das Reichstierschutzgesetz verabschiedet. Es lehnte sich eng an den § 145b an. Das Wort "absichtlich" wurde durch "unnötig" ersetzt, das Strafmaß bis zu 2 Jahren Gefängnis heraufgesetzt. Alle Bestimmungen in diesem Gesetz waren von dem Gedanken geleitet, Rohheiten und Pflichtvergessenheiten des Menschen gegenüber dem Tier entgegenzuwirken und das Mitgefühl, eines der höchsten sittlichen Werte eines Volkes, zu erwecken und zu fördern. Das Tier sollte nun um seiner selbst willen geschützt werden. Aber schon die Auslegungen des § 1 Abs. 2 ergaben gewisse Einschränkungen, so mußte die Quälerei "unnötig" und die Mißhandlung "roh" sein. Roh ist eine Mißhandlung dann, wenn die Art der Mißhandlung eine Niedrigkeit der Gesinnung des Täters erkennen läßt, die sich über etwaig zugefügte Schmerzen gleichgültig hinwegsetzt. Die Auslegung des Wortes "erheblich" als Ermessensfrage kann von den Sachverständigen verschiedenen beantwortet werden und eine Flut von Gutachten, Gegengutachten und Obergutachten auslösen. Ein weiteres Kriterium war die Vorsätzlichkeit, die dem Täter selten zur Last gelegt werden kann (88,107,126). Wir sehen aus diesen Einschränkungen, wie weit auch dieses Tierschutzgesetz noch entfernt war, dem Tier einen Schutz um seiner selbst willen zu gewähren.

Da alle Gesetze von Menschen gemacht werden, richtet sich das Gesetz nach dem Schutz des Interesses des Menschen am Tier. Es muß dem Tier aber ein eigenes Rechtsgut verliehen werden, d.h. "ein rechtlich geschütztes besonderes Lebensgut, zu dessen Erhaltung die Gemeinschaft ein Interesse hat und das entweder dem Einzelnen oder der Gemeinschaft als Träger zugeordnet werden kann." (123) Zu dieser Problematik gibt es in der Literatur unterschiedliche Auffassungen. So findet SCHOPENHAUER "eine solche Theorie

empörend und abscheulich, nach der man in Übung mit den Tieren Mitleid haben soll." Er will dem Tier einen eigenen Rechtsanspruch darauf verleihen, daß es nicht gequält, mißhandelt und über Gebühr beansprucht wird (151).

Ebenso meint HAFTER, daß dem Tier ein Anspruch auf Wahrung seiner körperlichen Unversehrtheit zukomme (47).

FELIX verlangt einen Tierschutz um des Tieres willen (28).

Theodor HEUSS sagte einmal: "Es ist wohl eine der blamabelsten Angelegenheiten der menschlichen Entwicklung, daß einmal das Wort Tierschutz geschaffen werden mußte." (55)

JENNY glaubt, daß neben das gefühlsmäßige Mitleid als mächtige Triebfeder des Tierschutzes auch die mehr verstandesmäßige Ehrfurcht und Achtung vor dem fremden tierischen Leben tritt (68). KOHLER und KANT sehen den Tierschutz als eigenstes Interesse des Menschen (75,87).

KOHLER fordert sogar nur eine Bestrafung der Tierquälerei, wenn solches nicht in Wahrnehmung eines gerechtfertigten menschlichen Interesses geschieht (87). MERKI erkennt nur das menschliche Mitgefühl mit dem gequälten Tier als Rechtsgut an (116).

Übereinstimmend mit FELIX, HAFTER, HEUSS, JENNY und SCHOPENHAUER (28,47,55,68) meinen wir, daß es des Menschen Pflicht ist, für das wehrlose Tier Fürsorge zu treiben, die dahingeht, daß er als Kreatur vor allem Leiden bewahrt und nicht eigener Schutz von unangenehmen Regungen und Empfindungen zur obersten Maxime erhoben wird. Ein Tier ist dem Menschen in der Verantwortung und in der Obhut schutzlos ausgeliefert, es legt daher dem Menschen eine ethische Pflicht auf, für das Tier das Beste zu tun.

12. Das neue Tierschutzgesetz

Am 24. Juli 1972 hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates ein neues Tierschutzgesetz beschlossen, das im Bundesgesetzblatt I S.1277 verkündet worden ist und am 1. Oktober 1972 in Kraft trat (Anlage). Damit hat ein langes Ringen um moderne und bessere gesetzliche Bestimmungen ihr Ende gefunden.

In der Begründung für die Schaffung dieses Gesetzes sind folgende Äußerungen enthalten:

Die Grundeinstellung des Menschen zum Tier im Sinne einer Mitverantwortung für das seiner Obhut anheimgegebene Lebewesen hat im Laufe der Zeit eine stete Fortentwicklung erfahren. So hat der Tierschutz national wie international in den letzten Jahren erheblich an Gewicht und Aktualität gewonnen. Seine Auswirkungen berühren im vermehrten Maße Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Verwaltung.

Infolge der Entwicklung der Wirtschaftsformen, der Wissenschaft und Technik stehen sich häufig wirtschaftliche und wissenschaftliche sowie ethische Forderungen auf dem Gebiet des Tierschutzes gegenüber. Sinn und Ziel neuer gesetzlicher Regelungen muß es daher sein, diese unterschiedlichen Gesichtspunkte in Einklang zu bringen.

An der Grundkonzeption eines ethisch ausgerichteten Tierschutzes hält auch dieses Gesetz fest. Jedoch werden die Beurteilungsmaßstäbe, nämlich die Verpflichtung zum Schutz der Tiere in erster Linie aus Empfindungen des Menschen zu begründen und gefühlsbetont zu sehen, zunehmend durch exakte und repräsentativ wissenschaftliche Feststellungen über tierartgemäße und verhaltensgerechte Normen und Erfordernisse ersetzt. Der § 1 des Gesetzes lautet: Dieses Gesetz dient dem Schutz des Lebens und Wohlbefindens des Tieres. Niemand soll einem Tier ohne

vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

Der bedeutsame Fortschritt liegt darin, daß nicht mehr allein das Wohlbefinden (Schmerzen oder Leiden) und die Unversehrtheit (Schaden), sondern auch das Leben des Tieres geschützt werden soll.

Dieser Paragraph beinhaltet eine Absichtserklärung und stellt als Grundsatz das angestrebte Ziel im Rahmen der Fortentwicklung des Tierschutzes dar. Er ist nicht strafbewehrt. Besondere Aufmerksamkeit sollte man der Formulierung "ohne vernünftigen Grund" widmen, insbesondere als diese Formulierung in den Strafvorschriften des § 17 wiederkehrt. Der vernünftige Grund soll einem berechtigten Anliegen dienen und muß unvermeidbar sein. So sind die Erhaltungsinteressen des Menschen anerkannt, weil sie "vernünftig" sind. Es wird aber stets Konflikte zwischen vernünftigen Gründen und Interessen geben, die zu Kompromissen führen müssen, da die verschiedensten Berufsgruppen wie Tierhalter, Tierhändler etc. ganz konträre Vorstellungen von diesem Begriff haben.

Im § 17 des Gesetzes wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer

1. ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet oder
2. einem Wirbeltier
 - a. aus Rohheit erhebliche Schmerzen oder Leiden oder
 - b. länger anhaltende Schmerzen oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden zufügt.

Mit dem Wort "Rohheit" ist ein sittlicher Begriff eingeführt worden, "der gefühlsbetont ist und ohne Rücksichtnahme auf menschliche Empfindungen nicht zu definieren ist." (127). Leider ist der Begriff "offensichtlich", der im Entwurf vorgesehen war - aus Rohheit offensichtlich erhebliche Schmerzen oder Leiden - in das Gesetz nicht übernommen

worden, dieses Wort hätte entschieden die Praktikabilität des Gesetzes verbessert. Man wird sich als Gutachter wieder mit der Frage beschäftigen, ob es ein erheblicher Schmerz oder nur Schmerz ist, und es kann wieder zur Einstellung eines Verfahrens kommen, weil die gutachterlichen Äußerungen für eine richterliche Urteilsfindung wertlos sind.

Das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts (17) brachte die dringlichsten Änderungen des Sexualstrafrechts, unter anderem die Abschaffung der Strafbarkeit der Unzucht mit Tieren. Eine Neuauflage auch in veränderter Form wird es in absehbarer Zeit und nach unserer Auffassung überhaupt nicht mehr geben. Daher sollte man die Möglichkeiten des Tierschutzgesetzes in den Mittelpunkt stellen und voll ausschöpfen. Der Tierarzt, und hier ist insbesondere der beamtete Tierarzt angesprochen, ist von seiner Ausbildung und Tätigkeit her wohl in der Lage, die Kriterien des Schmerzes, der Leiden und der Schäden gutachtlich aufzuzeigen.

Wir wissen aus der Sichtung des Materials über Sodomie und Sadismus, daß sehr viele Tierquälereien insbesondere die sadistischen eine Folge von pathologischer Veranlagung sind. Hierzu hat der Gesetzgeber im § 20 gesagt:

1. Wird jemand wegen einer nach § 17 rechtswidrigen Tat verurteilt oder nur deshalb nicht verurteilt, weil seine Schuldunfähigkeit erwiesen oder nicht auszuschließen ist, so kann ihm das Gericht das Halten von Tieren jeder oder einer bestimmten Art für die Dauer von einem bis zu fünf Jahren oder für immer verbieten, wenn die Gefahr besteht, daß er weiterhin eine nach § 17 rechtswidrige Tat begehen wird."

2. Das Verbot wird mit Rechtskraft des Urteils wirksam.

In der Verbotsfrist wird die Zeit, in welcher der Täter in einer Anstalt verwahrt wird, nicht eingerechnet. Frühestens kann das Gericht das Verbot nach 6 Monaten aufheben, wenn die Gewähr besteht, daß der Täter nach § 17 rechtswidrige Taten nicht begeht. Hält er trotz Verbot ein Tier, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Um diese gesetzlichen Bestimmungen voll wirksam werden zu lassen, werden die zuständigen Behörden auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen sein, um frühzeitig von der Ermächtigung des § 2 Abs. 3 Gebrauch machen zu können. Dieser sieht vor, daß die Tiere, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes in Haltung, Pflege oder Unterbringung erheblich vernachlässigt sind, dem Halter fortgenommen und so lange auf dessen Kosten anderweitig untergebracht werden können. Hier wären Ergänzungen der Länderregierungen wünschenswert, denn wegen Änderung der Gesetzgebungskompetenzen, die sich aus der Verkündung des Grundgesetzes ergeben, können nicht alle Bestimmungen des Reichstierschutzgesetzes von 1933 bundeseinheitlich übernommen werden.

Weiterhin sollte man einen Passus hereinbringen, der geisteskranken, geistesschwachen, entmündigten, alkohol- und rauschgiftsüchtigen Personen das Halten von Tieren auf Zeit oder Dauer verbietet.

13. Zusammenfassung

1. Die Begriffe Sodomie und Sadismus werden in ihrer Bedeutung festgelegt.
2. Die Wandlung der Auffassung der Strafwürdigkeit von Sodomie und Sadismus in der Geschichte wird dargelegt und demonstriert, wie schwer der Weg von traditionellen kultischen und christlichen Regeln zu rationalen und emotionalen Begründungen bis zur Aufhebung der Bestrafung im Ersten Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25.6.1969 mit ersatzloser Streichung des § 175 war.
3. Eine repräsentative Umfrage bei 400 Tierärzten der BRD machte vor allem die hohe Dunkelziffer der Sodomie und des Zoosadismus deutlich. Eine Bevorzugung von Pferd und Rind konnte dabei festgestellt werden. Hunde konnten nur selten als Sexualobjekt ermittelt werden, die Ursachen hierfür werden diskutiert.
4. Die Dokumentation der vorliegenden Literatur bestätigt die Bevorzugung der Großtiere Rind und Pferd. Hinsichtlich der Häufigkeit werden sodomitische von sadistischen Handlungen übertroffen. Verletzungen der Genitalorgane treten nur bei sadistischen Handlungen auf. Täter sind vorwiegend männliche Personen, die häufig mit Tieren Kontakt haben, auf niedriger Bildungsstufe stehen und sich nicht selten durch Debität auszeichnen. Auch Knaben in der Pubertät kommen als Täter in Frage.
5. Die Auswertung der amtlichen Statistik von 1909-1966 ergibt eine seit Jahren fallende Tendenz der Aburteilung. Verurteilt wurden vor allem Männer mit geringer Bildung. Jugendliche sowie Vorbestrafte sind mit je 20 % vertreten.
6. Die Psychiatrie unterscheidet die w.U.(Sodomie) als echte Perversion, wenn die Fixierung des Menschen allein auf den tierischen Partner ausgerichtet ist oder als Ersatzhandlung (Pseudoperversion). Der Sadismus beinhaltet stets eine psychopathologische Komponente.

7. Der § 175b des Strafgesetzbuches gab dem Tier nur einen indirekten Schutz, unmittelbares Schutzobjekt war der Mensch in seiner Würde und die sogenannte Sittlichkeit. Seine ersatzlose Streichung ist Tatsache und unwiderruflich.
8. Das Tier ist in Zukunft geschützt durch die Paragraphen über Sachbeschädigung und Errgeung öffentlichen Ärgernisses sowie vor allem durch das Tierschutzgesetz vom 24. Juli 1972, das am 1. Oktober 1972 in Kraft trat.
9. Das Gesetz schützt nicht mehr allein das Wohlbefinden (Freisein von Schmerzen oder Leiden) und die Unversehrtheit (Schaden), sondern auch das Leben des Tieres. Der tierärztliche Sachverständige muß daher in erster Linie bei sodomitischen und sadistischen Handlungen die dabei begangene Tierquälerei in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellen.
10. Prophylaktische Maßnahmen wie gänzliches oder befristetes Verbot der Haltung von Tieren sollten frühzeitig bei dem zuständigen Gericht beantragt werden.
11. Geisteskranken, geistesschwachen, entmündigten, trunk- und rauschgiftsüchtigen Personen sollte das Halten von Tieren auf Zeit oder auf Dauer verboten werden.

14. Literaturverzeichnis

1. AMIRA, K.v.(1953): Abhandlungen der bayrischen Akademie der Wissenschaften, 31, 67, in: J.D.Sträter, Jur. Diss. Köln
2. ASCHROTT, P.F. und F. LISZT (1910): Die Reform des Reichsstrafgesetzbuches Bd. II, Berlin.
3. BADER, K.S.(1949): Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität, Mohr-Verlag, Tübingen.
4. BANG, R.(1968): Sexuelle Fehlhaltungen. Rheinhardt-Verlag, München und Basel.
5. BASLER, W.(1941): Homosexualität und Strafrecht mit bes. Berücksichtigung des neuen schweizerischen Strafgesetzbuches von 1937. Jur. Diss. Zürich.
6. BAUMSTARK, D.A.(1873): Urdeutsche Staatsalterthümer zur schützenden Erläuterung der Germania des Tacitus, Berlin.
7. BEACH, F.A.(1954): Das Sexualverhalten von Mensch und Tier, Colloquium Verlag, Berlin.
8. BEHRENS, H., H. DOEHNER, R. SCHEELJE, R.WASSMUTH(1969): Lehrbuch der Schafzucht, 2. Auflage, Parey-Verlag Hamburg und Berlin.
9. BENTHIEN (1926): Ein Beitrag aus der Praxis. Berliner tierärztl. Wschr. 42, 707.
10. BERG, K.(1931): Der Sadist. Deutsche Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin, 310-321.
11. BERKENHOFF, K.(1937): Tierstrafe, Tierbannung und rechtsrituelle Tötung im Mittelalter, Straßburg.
12. BICHLMAIER-WEILER, H.(1916): Zwei Fälle von Sadismus. Münchener tierärztl. Wschr. 67, 222.
13. BLOCH, I.(1907): Die Perversen, Pan Verlag Berlin.
14. BLUNTSCHLI, J.S.(1838/39): Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich, Bd.I, Zürich.
15. BOGNER, H. und H.C. RITTER (1965): Tierhaltung, Ulmer Verlag, Stuttgart.

16. BUBER, M. und F. ROSENZWEIG (1954): Die fünf Bücher der Weisung. Hegner Verlag, Köln und Olten.
17. Bundesgesetzblatt (1969): Teil 1, S.645 u. 654.
Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz.
Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft m.b.H.
18. CELLA, J.J.(1787): Über Verbrechen und Strafe in Unzuchtsfällen, Zweibrücken und Leipzig.
19. CLAUDE, H.(1962): Psychiatrie medico-légale, in:
H. Giese, Beiträge zur Sexualforschung,
Enke-Verlag, Stuttgart.
20. DEHNER, O.(1929): Scheiden- und Mastdarmverletzungen bei Tieren und ihre Beziehungen zur sexuellen Psychopathie des Menschen. Dtsch.tierärztl. Wschr. 37, 787-790.
21. DE RIVER, J.(1962): Crime and the sexual psychopath. in: H. Giese, Beiträge zur Sexualforschung, Enke-Verlag, Stuttgart.
22. DIECKERHOFF, W.(1891): Ansteckende böartige Scheidenentzündung bei Rindern und Pferden.
Berliner tierärztl.Wschr. 7, 347-349.
23. DÖRRWÄCHTER, H.(1911): Mitteilung der Vereinigung badischer Tierärzte 11, 49.
24. EHMER, R.(1962): Groß'Archiv Bd. 34, in: H. Giese, Beiträge zur Sexualforschung, Enke-Verlag, Stuttgart.
25. ELSTER, A.(1936): Handwörterbuch der Kriminologie, Bd. 2, Berlin und Leipzig.
26. EPAULARD (1925): Le Vampirisme, in: W. Stekel, Störungen des Trieb- und Affektlebens, Bd.8, Urban & Schwarzenberg Verlag, Berlin und Wien.
27. EVANS, E.P.(1960): The criminal presecution and capital punishment of animals, London.
28. FELIX, G.(1959): Einige Bemerkungen zum Problem des rechtlichen Tierschutzes. Juristen-Zeitung 14, 85-86.
29. FEUERBACH, A.(1947): Grundsätze und Grundbegriffe, in: P. Merki, Jur. Diss., Zürich.

30. FRIEDREICH, J.B.(1855): Handbuch der gerichtsarztlichen Praxis, Regensburg.
31. FROEHNER, R.(1951): Beitrag zur Geschichte der Sodomie. Mhefte Vet.med. 6, 254-252.
32. FRÖHNER, E.(1903): Sadistische Verletzungen von Tieren. Deutsche Tierärztl.Wschr. 11, 153-154.
33. GALLA (1965): Gründe und Grenzen der Strafbarkeit, Gedanken zum Begriff des Verbrechens. Heidelberger Jahrbücher IX, Berlin-Heidelberg-New York.
34. GIESE, H.(1961): Mensch, Geschlecht, Gesellschaft. Verlag für angewandte Wissenschaften, Baden-Baden.
35. GILETTE, P.J.(1967): Abartige Sexualverhalten und ungewöhnliche Sexualpraktiken. Kindler Verlag, München.
36. GIOVANOLI, G. (1890): Schweizer Archiv für Tierheilkunde, Bd. 32, Heft 5 u.6
37. GLEUMES, K.(1961): Praxis der Erziehung in Freiheit. Diss., Bonn.
38. GÖHRE, (1912): Sächsische Vet. Berichte, S.116
39. GOLLEK (1934): Über einen Fall von Sodomie und Sadismus beim Kalbe. Tierärztliche Rundschau 40, 801-802.
40. GRASSBERGER, R.(1968): Die Unzucht mit Tieren. Kriminologische Abhandlungen. Neue Folge, S.95 f. Springer-Verlag, Wien-New York.
41. GROß-SEELIG (1942): Handbuch der Kriminalistik, 1. Band, 8. Aufl. Berlin und München.
42. GRUNDMANN, H.(1905): Ein Fall von Sodomie und Sadismus Dtsch.tierärztl.Wschr. 13, 518-519.
43. GÜRTNER, F.(1936): Das kommende deutsche Strafrecht. bes. Teil, 2. Aufl., Berlin.
44. GUILLEBEAU, H.(1899): Verletzungen der Haustiere durch sexuell psychopathische Menschen. Schweizer Archiv für Tierheilkunde, Bd.41,Heft 1, 2-11.

45. GYURKOVECHKY (1890): Männliche Impotenz, in:
R.v.Krafft-Ebing: Psychopathia sexualis,
Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.
46. HABERDA (1907): Unzucht mit Tieren. Vierteljahres-
schrift für gerichtliche Medizin, 3.Folge 33
47. HAFTER, E.(1943): Lehrbuch Schweizerisches Strafrecht
bes. Teil, 2. Hälfte, Berlin.
48. HANACK, E.W.(1968): Empfiehlt es sich, die Grenzen
des Sexualstrafrechts neu zu bestimmen?
Bd.I, Gutachten A zum 47. Deutschen Juristen-
tag, Beck-Verlag, München.
49. HANACK, E.W.(1968): Brennpunkte einer Reform des
Sexualstrafrechts, in: H.Giese, zur Strafrechts-
reform, Symposium der Dtsch.Gesellschaft für
Sexualforschung vom 13.-14. Nov.1967 in Bonn.
50. HARTMANN, H.(1962): Sodomie an Hühnern.
Kriminalistik 16, 119.
51. HENTIG, H.v.(1962): Soziologie der zoophilen Neigung,
in: H.Giese, Beiträge zur Sexualforschung,
Enke Verlag, Stuttgart, S.5.f.
52. HENTIG, H.v.(1963): Das Verbrechen. Springer Verlag,
Berlin-Göttingen-Heidelberg.
53. HENTIG, H.v.(1970): Mon. Krim. Biol. 18, 598, in:
R.Kamm, Vet.med.Diss. Berlin.
54. HEB, E.(1911): Der Sadismus an Haustieren. Schweizer
Archiv für Tierheilkunde, Bd.53, S.199-215 und
251-266.
55. HEUSS, T.(1959): in: G. Felix, Einige Bemerkungen zum
Problem des rechtlichen Tierschutzes.
Juristen-Zeitung 14, 85-86.
56. HIRSCHFELD, M.(1928): Geschlechtskunde, Bd.2
Julius Püttmann Verlag, Stuttgart.
57. HIRSCHFELD, M.(1938): Geschlechtsanomalien und Per-
versionen, Frankfurt und Stockholm.
58. HIS, R.(1928): Geschichte des deutschen Strafrechts
bis zur Carolina, München und Berlin:Oldenbourg

59. HIS, R.(1935): Das Strafrecht des deutschen Mittelalters 2. Teil: Die einzelnen Verbrechen
Weimar: Böhlhaus Nachf.
60. HOCHÉ (1951): Handbuch, in: E.Mezger, Kriminologie
Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München-Berlin.
61. HOFMANN (1890): Lehrbuch der gerichtlichen Medizin,
in: R.v.Krafft-Ebing, Psychopathia sexualis,
Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.
62. HOLLÄNDER, E.(1928): Äskulap und Venus, Propylaen-
Verlag, Berlin.
63. HOLTERBACH, H.(1905): Ein brutaler Sprungakt oder
Sadismus. Dtsch.tierärztl.Wschr.13, 519-520.
64. ILBERG(1962): Monatsschrift, Bd.2, S.604, in: H.Giese,
Beiträge zur Sexualforschung, Enke Verlag,Stuttg.
65. IMIELINSKI, K.(1967): Die Sexualperversionen.
Wilhelm Mandrich Verlag, Wien und Warschau.
66. JARCKE,C.E.(1930): Handbuch des gemeinsamen deutschen
Strafrechts Bd.III, Berlin.
67. JÄGER,H.(1957): Strafgesetzgebung und Rechtsgüterschutz
bei Sittlichkeitsdelikten, in: H.Giese, Beiträge
zur Sexualforschung, Enke Verlag, Stuttgart.
68. JENNY,A.(1948): Der strafrechtliche Schutz der Tiere
Jur. Diss., Bern.
69. JESERICH,R.(1940): Ein Fall von Sodomie.
Arch.Kriminol. 106, 142
70. JÖHNK, M.(1917): Münchener tierärztl.Wschr., 68,99-101
71. JOUSSE (1947): Traité de la justice crim. de France,
in: P.Merki, Jur.Diss., Zürich 1947.
72. JUST-DAHLMANN,B.(1968): Der Wandel der ethischen Maß-
stäbe und ihr Einfluß auf die Reform des Sitten-
strafrechts, in: F.Reichert, Erwägungen zu einem
neuen Strafgesetz, Radius Verlag, Stuttgart.
73. JUST-DAHLMANN,B.(1969): Empfiehlt es sich, die Grenzen
des Sexualstrafrechts neu zu bestimmen? Referat
Verhandlungen des 47. Deutschen Juristentagēs
Bd.2 Teil K (8-20), Beck-Verlag, München.

74. KAMM, R.(1970): Untersuchungen über die Strafwürdigkeit der Sodomie nach Streichung des § 175b unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Vorschriften des Tierschutzgesetzes.
Vet.med.Diss., Berlin.
75. KANT (1947): In: P.Merki. Jur.Diss., Zürich.
76. KAYSER, A.(1937): Zur Strafbarkeit der Sodomie nach § 175b StGB, in: Deutsches Strafrecht, Neue Folge Bd.4, 46, v. Decker-Verlag, Berlin.
77. KELLER, A.(1913): Maister Franntzn Schmidts Nachrichters in Nuernberg all sein Richten, Leipzig.
78. KELLER, A.(1921): Der Scharfrichter in der deutschen Kulturgeschichte, Berlin.
79. KINSEY, A.-W.B. POMEROY-C.E.MARTIN (1948): Das sexuelle Verhalten des Mannes, Philadelphia, in autorisierter Übersetzung von Eckhardt Jaffe-Baacke-Seemann.
80. KINSEY, A.C.(1968): Das sexuelle Verhalten der Frau, Frankfurt, Fischer-Verlag.
81. KINSEY, A.C.(1961): Begriff des Normalen und Abnormen im Geschlechtsverhalten, in: H.Giese, Mensch, Geschlecht, Gesellschaft, Verlag für angewandte Wissenschaften, Baden-Baden.
82. KINSEY, A.C. und Mitarbeiter (1954): In: F.A.Beach, Das Sexualverhalten von Mensch und Tier. Colloquium Verlag, Berlin.
83. KIRSCHSTEIN, W.(1955): Die Kriminalität der Jugendlichen im AG Bezirk Osnabrück während der Jahre 1945-1952, Diss., Bonn.
84. KLARE, R.(1937): Homosexualität und Strafrecht, Hamburg.
85. KNAPP, H.(1962): Das Lochgefängnis, S.73, in: H.Giese, Beiträge zur Sexualforschung, Enke-Verlag, Stuttgart.
86. KÖHLER (1874): Die Sittlichkeitsdelikte des Strafgesetzentwurfs von 1927, in: Der Gerichtssaal 379, Stuttgart.

87. KOHLER, J.(1892): Die Thiere im Recht, Gerichtssaal
47, 32-52, Enke-Verlag, Stuttgart.
88. KORN, F.(1934): Kommentar zum Reichstierschutzgesetz
vom 24. November 1933, S.15-17, Bohlmann-
Verlag, Meissen.
89. KORT, G.(1962): Monatsschrift, in: H.Giese, Beiträge
zur Sexualforschung, Enke-Verlag, Stuttgart.
90. KOTHE, C.(1914): Sodomie und Sadismus an Tieren.
Berliner tierärztl.Wschr.30, 425-426.
91. KOWALESKY (1890): Jahrbuch für Psychiatrie VII,
Heft 3, in: R.v.Krafft-Ebing:psychopathia
sexualis, Enke-Verlag, Stuttgart.
92. KRAFFT-EBING, R.v.(1890): Psychopathia Sexualis
Enke-Verlag, Stuttgart.
93. KRAFFT-Ebing, R.v.(1894): Psychopathia Sexualis,
9.Aufl. Enke-Verlag, Stuttgart.
94. KRAFFT-EBING, R.v.(1962): Verirrungen des Geschlechts-
lebens. 12.Auflage von H.Hartwich, A.Müller,
Rueschlikon-Verlag, Zürich, Stuttgart, Wien.
95. KREMPLER, H.(1939): Die Sittlichkeitsdelikte im
Bezirk des Landgerichts Eisenach in den Jahren
1905-1936, Jena.
96. KRÖGER, P.(1957): Entwicklungsstadien der Bestrafung
der widernatürlichen Unzucht und kritische
Studie zur Berechtigung der §§ 175, 175a, 175b
StGB de lege ferenda. Jur.Diss., Berlin.
97. KRONFELD, A.(1923): Handbuch der Psychiatrie.
Franz Deuticke Verlag, S.45 u.72, Leipzig und
Wien.
98. LABAT (1902): Attentats criminels sur les animaux.
Revue vétérinaire in: F.Reichert, Vet.med.Diss.
Bern.
99. LABAT und LECLAINCHE (1902): Attentats criminels sur
les animaux, Revue vétérinaire, in: F.Reichert,
Vet.med.Diss, Bern.

100. LACKNER, K.(1969): Empfiehlt es sich die Grenzen des Sexualstrafrechts neu zu bestimmen? Referat, Verhandlungen des 47. Deutschen Juristentages, Bd. 2 Teil K (27-53), Beck-Verlag, München.
101. LEBLANC (1902): Recueil de Méd.vétér., in: F.Reichert, Vet.med.Diss., Bern.
102. LEONHARD, K.(1964): Instinkte und Urinstinkte in der menschlichen Sexualität. Enke-Verlag, Stuttgart.
103. LENTZ (1890): Bulletin de la societe de med.legale de Belgique, in: R.V.Krafft-Ebing: Psychopathia Sexualis, Enke-Verlag, Stuttgart.
104. LISZT, F.(1947): Lehrbuch, 25. Auflage, in: P.Merki: Jur.Diss., Zürich.
105. LISZT, F.und E.SCHMIDT (1927): Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 25. Aufl., de Gruyter Verlag, Berlin und Leipzig.
106. LOMBROSO (1890): Geschlechtstrieb und Verbrechen in ihren gegenseitigen Beziehungen, Goldammer's Archiv 131,30 in: R.v.Krafft-Ebing, Psychopathia Sexualis, Enke-Verlag, Stuttgart.
107. LORZ, A.(1967): Naturschutz, Tierschutz und Jagdrecht. Fischerei und Kulturpflanzenschutz. Komm.2. Aufl., Beck-Verlag, München.
108. MAGNAN (1885): Über gewisse Anomalien des Geschlechts-triebes, Archiv für Psychiatrie VII, 2
109. MALINGIEWICZ (1950): Sodomie im Zeichen des Gesetzes auf Grund eines Falles aus der Praxis. Medyc.Wet.(6), 27
110. MARCUSE, M.(1909): Sexualprobleme. Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik. Sauerländers Verlag, Frankfurt.
111. MARTIN, O.(1959): Kriminalistik, 13, 331.
112. MASCHKA (1890): Handbuch III in: R.v.Krafft-Ebing, Psychopathia Sexualis, Enke-Verlag, Stuttgart.
113. MAZZINI (1902): Giornale di med.veterinaria, in: F. Reichert, Vet.med.Diss., Bern.

114. MEIXNER, F. und H. HELLDÖRFER (1965): Kriminalität und Sexualität, 4. Auflage, Kriminalistik, Hamburg.
115. MENG, H.(1948): Die Prophylaxe des Verbrechens. Schwabe und Co, Badel.
116. MERKI, P.(1948): Die strafrechtliche Behandlung der Unzucht mit Tieren bes. in der Schweiz. Jur.Diss., Zürich.
117. MEZGER, E.(1951): Kriminologie, Beck-Verlag, München-Berlin.
118. MEYER, J.B.(1921): Sadismus bei einer Muttersau. Schweizer Archiv, Bd.53, 3. Heft.
119. MICELLONE (1902): Giornale di veterin.milifara, in: F. Reichert, Vet.med.Diss., Bern.
120. MICHAELIS, J.D.(1770): Mosaisches Recht, Frankfurt.
121. MOLL, A.(1921): Handbuch der Sexualwissenschaften, 2. Auflage, Leipzig.
122. MÜLLENHOFF, K.(1920): Deutsche Altertumskunde. Das altgermanische Strafrecht des Tacitus, Bd.4
123. MUTH, M.F.W.(1969): Zur Frage der Berechtigung einer Strafnorm gegen die Unzucht mit Tieren. Jur.Diss., Freiburg.
124. NASH, A.S.(1961): Die Patriarchale Familie, in: H.Giese, Mensch, Geschlecht, Gesellschaft. Verlag für angewandte Wissenschaften, Baden-Baden.
125. NEUHOFF, H.(1934): Über Sodomie und Bestialität mit Kühen. Vet.Klinik, 152-156
126. NEUPERT, H.(1937): Das Delikt der Tierquälerei. Dtsch.Strafrecht, Neue Folge, 1, 391.
127. NOAK, H.(1972): Vortrag 1972, Evangelische Akademie, Hofgeißmar.
128. OCHS, P.(1786): Geschichte der Stadt und Landschaft Basel Berlin und Leipzig.

129. PALLIN, F.(1969): Empfiehlt es sich die Grenzen des Sexualstrafrechtes neu zu bestimmen? Referat, Verhandlungen des 47. Deutschen Juristentages, Bd. 2, Teil K (55-66), Beck-Verlag, München.
130. PELZ (1905): Dtsch. tierärztl.Wschr. 13, 567
131. PERRONCITO (1902): Sui fatti delittuosi accaduti nelle casina zanaglia, Giornale della R. Societa veter., in: F.Reichert, Vet.med.Diss., Bern.
132. POMMERING (1950): Recht, Moral und Sitte in: Ztschr. für Sexualforschung Nr.1, S.857, Frankfurt.
133. QUISTORP, J.C.(1783): Grundsätze des deutschen peinlichen Rechts, Bd.I, 3. Aufl. Rostock und Leipzig.
134. REHFELDT, B.(1953): Todesstrafen und Bekehrungsgeschichten, S.160, in: J.D.Sträter, Jur.Diss., Köln.
135. REICHERT, F.(1902): Die Bedeutung der sexuellen Psychopathie des Menschen für die Tierheilkunde. Vet.med.Diss., Bern.
136. REICHSSTRAFGESETZ (RStG): 48/234/239 f
137. REICHSSTRAFGESETZ (RStG): 71/350-352
138. REISINGER, L.(1923): Beitrag zum sog. Sadismus an Rindern. Wiener tierärztl.Mschr.10,193-199
139. RHEINISCH, F.(1925): Groß Archiv, Bd.XV, S.278, in/ W.Stekel: Störungen des Trieb- und Affektlebens, Bd.8, Urban & Schwarzenberg, Berlin und Wien.
140. ROHLEDER (1923): in: E.Wulffen: Der Sexualverbrecher, 10. Aufl., Langenscheidt-Verlag, Berlin.
141. ROSENBAUM, J.(1888): Geschichte der Lustseuche im Altertum, Schmidt-Verlag, Halle.
142. RUEGG, E.(1933): Die unzüchtige Handlung im Strafrecht. Diss., Zürich.
143. RUDOLF, J.(1930): Kasuistischer Beitrag zur Sodomie und sogenannten Sadismus an Tieren, Wiener tierärztl.Wschr. 17, 100-104.

144. SAALSCHÜTZ, J.C.(1853): Das mosaische Recht nebst den vervollständigenden Thalmuddisch-rabbinischen Bestimmungen. 2. Aufl., Berlin.
145. SALISBERG-TAVANNES, A.(1912): Über Bestialität und Sadismus. Schweizer Archiv für Tierheilkunde, Bd. 54, Heft 7.
146. SCHÄFER, K.(1937): Rechtsprechung zu § 175b StGB an einem Fall. Jur.Wschr. 36, 1352.
147. SCHALK, W.(1954): Die Kriminalität in vier....Gemeinden Südbadens. Diss., Freiburg.
148. SCHERR, J.(1887): Deutsche Kultur und Sittengeschichte Buch II, Wiegand-Verlag, Leipzig.
149. SCHMIDT, A.(1949): Die Sittlichkeitskriminalität im Kurfürstentum Sachsen zur Zeit Carpzows. Diss., Bonn.
150. SCHOBER, A.(1959): Unzucht mit Tieren, Kriminalistik 13, 259/60.
151. SCHOPPENHAUER(1894): Grundlage der Moral, in: I. Bregenzer: Darstellungen der sittlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Mensch und Tier. Bamberg.
152. SEELIG, E. und K.WEINDLER (1948): Die Typen des Kriminellen, München.
153. SEDIVEC, V. und B.PETR.(1961): Ein eigenartiger Fall sadistischer Zoophilie, Kriminalistik 15, 49.
154. SCHLEGEL, M.(1900): Zur Kenntnis der Sodomie. Berl. tierärztl.Wschr.40, 469-473.
155. SCHRÖDER, F.C.(1971): Reform des Sexualstrafrechts. Aktuelle Dokumente, De Gruyter Verlag, Berlin und New York.
156. SCHWEDER, P.(1961): Die großen Kriminalprozesse des Jahrhunderts. Kriminalistik Hamburg.
157. SEGESSER, A.P.(1850): Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern, Luzern.

158. SHIFF, N.A.(1961): Diary of a nymph, New York.
159. SONDERAUSSCHUß für die Strafrechtsreform.
Drucksache 4094, S.33
160. SPIELMANN, K.(1962): Hexenprozesse, in: H.Giese,
Beiträge zur Sexualforschung. Enke-Verlag,
Stuttgart.
161. SPOERRI, Th. (1969): Kompendium der Psychiatrie,
5. Aufl. Akademische Verlagsgesellschaft,
Frankfurt.
162. STRAUCH, D., J.KÖSTERS, W.MÜLLER,H.WEYERS (1968):
Das Abfallproblem in der landwirtschaftlichen
Nutztierhaltung. Berliner und Münchener Tier-
ärztl.Wschr. 81, 209-212.
163. STEINER, A.(1959): Ein Fall von Sodomie.
Kriminalistik 13, 119.
164. STEKEL, W.(1925): Störungen des Trieb- und Affekt-
lebens. Bd.4 u.8, Urban & Schwarzenberg-Verlag,
Berlin-Wien.
165. STRÄTER, J.D.(1953): Die Strafbarkeit der Sodomie in
rechtshistorischer und rechtsvergleichender
Darstellung und ihre Behandlung de lege ferenda.
Jur.Diss., Köln.
166. STURM, R.(1969): Die Änderungen des besonderen Teils
des StGB zum 1. Sept. 1969.
Neue Jur.Wschr. 22, 1607.
167. STUTZ, E.(1917): Strafrecht von Stadt und Amt
(1352-1798) Zürich.
168. SURY, K.v.(1909): Die Unzucht mit Tieren, Archiv
Kriminal-Anthropologie u.Kriminalistik 35, 293f.
169. SUSTMANN (1919): Algalagnostische Vergehen an Tieren.
Berliner tierärztl.Wschr.35, 22-23.
170. TARDIEU(1890): Lehrbuch, in: R.v.KRAFFT-EBING,
Psychopathia sexualis. Enke-Verlag, Stuttgart.
171. TSCHARNER, H.F.v.(1936): Die Todesstrafe im Staate
Bern, Bern.

172. VERNANT (1902): De la masturbation de la jument par L'homme. De ses conséquences et de l'état des organes sexuels au point de vue medico-légal. Recueil de Médecine vétérinaire, in: F.Reichert, Vet.med.Diss., Bern.
173. VOSS, H.(1962): Zur Kasuistik der Sodomie, Monatschrift, Bd.VI, S.3681, in: H.Giese, Beiträge zur Sexualforschung. Enke-Verlag, Stuttgart.
174. WACHENFELD, F.(1901): Homosexualität und Strafgesetz, Leipzig.
175. WAHLE, E.(1969): Zur Reform des Sexualstrafrechts. Metzner-Verlag, Frankfurt und Berlin.
176. WEISS, F.(1927): Braunauer Blutbuch, Trautenau, S.44
177. WILDA, H.(1842): Das Strafrecht der Germanen, Halle.
178. WIRZ, K.(1904): Der Uranier vor Kirche und Schrift, Leipzig.
179. WULFFEN, E. (1923): Der Sexualverbrecher, 10. Aufl. Langenscheidt-Verlag, Berlin.
180. WULFFEN, E.(1913): Psychologie des Verbrechens. Bd.1 u.2, Langenscheidt-Verlag, Berlin.

Literaturangabe zur Statistik

Statistik der BRD Wiesbaden (1957-1960) Bd.158, 172, 210, 229, 251- S.34/34, S.38/39, S.28/29, S.30/31.

15. Anlage

T i e r s c h u t z g e s e t z
vom 24. Juli 1972

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt
Grundsatz

§ 1

Dieses Gesetz dient dem Schutz des Lebens und Wohlbefindens des Tieres. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

Zweiter Abschnitt
Tierhaltung

§ 2

(1) Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muß dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren,
2. darf das artgemäße Bewegungsbedürfnis eines Tieres nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden.

(2) Die zuständige Behörde ist befugt, im Einzelfall Maßnahmen anzuordnen, die zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Anforderungen erforderlich sind.

(3) Tiere, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes in Haltung, Pflege oder Unterbringung erheblich vernachlässigt sind, können von der zuständigen Behörde dem Halter fortgenommen und so lange auf dessen Kosten anderweitig

pfleglich untergebracht werden, bis eine ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung der Tiere durch den Halter gewährleistet ist.

§ 3

Es ist verboten

1. einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen,
2. ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes, im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier, für das ein Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben; dies gilt nicht für die unmittelbare Abgabe von Tieren an Personen oder Einrichtungen, denen eine Genehmigung nach § 8 erteilt worden ist,
3. ein im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier auszusetzen oder es zurückzulassen, um sich seiner zu entledigen,
4. ein Tier zu einer Ausbildung, Filmaufnahme, Schaustellung, Werbung oder zu einer ähnlichen Veranstaltung heranzuziehen, sofern damit offensichtlich erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind,
5. ein Tier an einem anderen lebenden Tier auf Schärfe abzurichten oder zu prüfen,
6. ein Tier auf ein anderes Tier zu hetzen, soweit dies nicht die Grundsätze weidgerechter Jagdausübung erfordern,

7. einem Tier durch Anwendung von Zwang Futter einzuverleiben, sofern dies nicht aus gesundheitlichen Gründen erforderlich ist,
8. einem Tier Futter darzureichen, das dem Tier offensichtlich erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden bereitet,
9. ein Tier mit Nachnahme zu versenden.

Dritter Abschnitt

Töten von Tieren

§ 4

- (1) Ein Wirbeltier darf nur unter Betäubung oder sonst, soweit nach den gegebenen Umständen zumutbar, nur unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden. Ist die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung im Rahmen weidgerechter Ausübung der Jagd oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften zugelassen oder erfolgt sie im Rahmen zulässiger Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, so darf die Tötung nur vorgenommen werden, wenn hierbei nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen entstehen. Ein Wirbeltier töten darf nur, wer die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat.
- (2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmte Tötungsarten zu verbieten, zuzulassen oder vorzuschreiben, um sicherzustellen, daß den Tieren nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen zugefügt werden.

Vierter Abschnitt
Eingriffe an Tieren

§ 5

(1) An einem Wirbeltier darf ohne Betäubung ein mit Schmerzen verbundener Eingriff nicht vorgenommen werden. Die Betäubung eines warmblütigen Wirbeltieres ist von einem Tierarzt vorzunehmen. Für die Betäubung mit Betäubungspatronen kann die zuständige Behörde Ausnahmen von Satz 2 zulassen, sofern ein berechtigter Grund nachgewiesen wird. Bei landwirtschaftlichen Nutztieren gilt die Ausnahmegenehmigung nach Satz 3 mit der Verschreibung des Betäubungsmittels durch einen Tierarzt als erteilt.

(2) Eine Betäubung ist nicht erforderlich,

1. wenn bei vergleichbaren Eingriffen am Menschen eine Betäubung in der Regel unterbleibt,
2. wenn die Betäubung im Einzelfall nach tierärztlichem Urteil nicht durchführbar erscheint.

(3) Eine Betäubung ist ferner nicht erforderlich

1. für das Kastrieren von unter zwei Monaten alten männlichen Rindern und Schweinen und von nicht geschlechtsreifen männlichen Ziegen, Schafen und Kaninchen, sofern kein von der normalen anatomischen Beschaffenheit abweichender Befund vorliegt,
2. für das Enthornen von unter vier Monaten alten Rindern sowie für das Enthornen von Rindern bis zu einem Alter von zwei Jahren mittels elastischer Ringe,
3. für das Kürzen des Schwanzes von unter vier Tagen alten Ferkeln sowie von unter acht Tagen alten Lämmern,
4. für das Kürzen des Schwanzes von Lämmern bis zu einem Alter von drei Monaten mittels elastischer Ringe,

5. für das Kürzen der Rute von unter acht Tagen alten Welpen,
6. für das Kürzen von Hornteilen des Schnabels beim Geflügel,
7. für das Absetzen des krallentragenden letzten Zehengliedes bei Masthahnenküken, die als Zuchthähne Verwendung finden sollen, während des ersten Lebenstages mittels Elektrokauter.

(4) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Verfahren und Methoden zur Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 3 vorzuschreiben, zuzulassen oder zu verbieten, soweit dies zum Schutz der Tiere erforderlich ist.

§ 6

Verboten ist die vollständige oder teilweise Amputation von Körperteilen eines Wirbeltieres, soweit diese nicht nach anderen Rechtsvorschriften vorgeschrieben ist. Das Verbot gilt nicht,

1. wenn der Eingriff im Einzelfall nach tierärztlicher Indikation geboten ist,
2. wenn der Nutzungszweck des Tieres den Eingriff erforderlich macht und dem Eingriff tierärztliche Bedenken im Einzelfall nicht entgegenstehen oder ein Fall des § 5 Abs.3 vorliegt,
3. bei Tierversuchen im Rahmen eines nach diesem Gesetz genehmigten Versuchsvorhabens oder
4. für das Kupieren der Ohren bei Hunden, wenn der Eingriff vor dem dritten Lebensmonat schmerzlos vorgenommen wird.

Eingriffe nach Satz 2 sind durch den Tierarzt vorzunehmen; in den Fällen der Nummer 3 und des § 5 Abs.3 können sie auch von anderen Personen vorgenommen werden, die die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten haben.

Fünfter Abschnitt Tierversuche

§ 7

Wer zu Versuchszwecken Tiere für Eingriffe oder Behandlungen, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sein können, verwenden will, hat dies vor Beginn der Versuche der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§ 8

(1) Wer zu Versuchszwecken Wirbeltiere für Eingriffe oder Behandlungen verwenden will, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sein können, bedarf der Genehmigung des Versuchsvorhabens durch die zuständige Behörde. Die Genehmigung darf nur Hochschulen sowie anderen Einrichtungen und Personen, die Forschung betreiben, erteilt werden. In der Genehmigung sind der Leiter des Versuchsvorhabens und sein Stellvertreter zu benennen.

(2) Tierversuche mit operativen Eingriffen dürfen nur von Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung der Veterinärmedizin oder der Medizin, die die erforderlichen Fachkenntnisse haben, sowie von Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung der Biologie an Hochschulen oder staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen, soweit diese Personen die erforderlichen Fachkenntnisse haben, durchgeführt werden. Sonstige Tierversuche dürfen auch von anderen Personen mit abgeschlossener naturwissenschaftlicher Hochschulbildung,

die die erforderlichen Fachkenntnisse haben, durchgeführt werden. Die zuständige Behörde kann in besonders begründeten Fällen für Tierversuche mit operativen Eingriffen Ausnahmen von Satz 1 mit der Maßgabe zulassen, daß Personen, die diese Eingriffe vornehmen, die erforderlichen Fachkenntnisse haben und daß die Eingriffe nur unter Aufsicht eines in Satz 1 bezeichneten Tierarztes, Arztes oder Biologen durchgeführt werden. Die Personen, die die Versuche durchführen, müssen, wenn die Genehmigung einer Einrichtung erteilt ist, bei der Einrichtung beschäftigt oder mit Zustimmung des verantwortlichen Leiters zur Benutzung der Einrichtung befugt sein.

(3) Wechselt der Leiter eines Versuchsvorhabens oder sein Stellvertreter, so ist dies von dem Inhaber der Genehmigung der zuständigen Behörde anzuzeigen. In diesem Falle gilt die Genehmigung weiter, wenn die zuständige Behörde sie nicht innerhalb eines Monats nach Eingang der Anzeige widerruft.

(4) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn

1. dargelegt wird, daß die angestrebten Versuchsergebnisse nicht durch andere zumutbare Methoden oder Verfahren als den Tierversuch zu erreichen sind und
 - a) die Versuche zur Vorbeuge, zum Erkennen oder Heilen von Krankheiten bei Mensch oder Tier erforderlich sind oder
 - b) die Versuche sonst wissenschaftlichen Zwecken dienen,
2. keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des verantwortlichen Leiters des Versuchsvorhabens oder seines Stellvertreters, insbesondere hinsichtlich der Überwachung der Tierversuche ergeben,

3. die erforderlichen Anlagen, Geräte und anderen sachlichen Mittel sowie die personellen Voraussetzungen für die Durchführung der Tierversuche vorhanden sind und
4. die ordnungsgemäße Unterbringung und Wartung der Tiere sowie ihre medizinische Versorgung gewährleistet sind.

(5) Die Genehmigung kann inhaltlich beschränkt befristet, unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Die Genehmigung ist zurückzunehmen, wenn bei der Erteilung die Voraussetzungen nach Absatz 4 nicht gegeben waren. Sie ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 4 nicht mehr gegeben sind und dem Mangel nicht innerhalb einer von der zuständigen Behörde gesetzten Frist abgeholfen wird; sie kann widerrufen werden, wenn ihre Beschränkungen nicht eingehalten oder eine der mit ihr verbundenen Auflagen nicht erfüllt werden oder den Vorschriften des § 9 wiederholt oder grob zuwidergehandelt worden ist.

(6) Der Genehmigung bedürfen nicht

1. Tierversuche, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder richterlicher Anordnungen durchzuführen sind oder
2. Impfungen, Blutentnahmen und sonstige Maßnahmen diagnostischer Art an lebenden Tieren, wenn sie nach bereits erprobten oder staatlich anerkannten Verfahren vorgenommen werden und der Verhütung, Erkennung, Heilung oder Linderung von Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder körperlichen Beschwerden der Menschen oder Tiere, der Erkennung der Schwangerschaft oder Trächtigkeit oder der Gewinnung oder Prüfung von Seren oder Impfstoffen dienen.

§ 9

- (1) Für die Durchführung von Tierversuchen gilt folgendes:

1. Die Versuche sind auf das unerläßliche Maß zu beschränken.
2. Versuche an Wirbeltieren, die nach zoologischer Systematik den höheren Tieren zugerechnet werden, sind nur dann erlaubt, wenn Versuche an niederen Wirbeltieren für den verfolgten Zweck nicht ausreichen. Warmblütige Tiere sollen nur dann Verwendung finden, wenn Versuche an kaltblütigen Tieren für den verfolgten Zweck nicht ausreichen.
3. Schmerzen, Leiden oder Schäden dürfen einem Tier nur zugefügt werden, soweit sie für den verfolgten Zweck unvermeidlich sind.
4. Versuche an Wirbeltieren dürfen nur unter Betäubung vorgenommen werden, es sei denn, der Zweck des Versuchs schließt nach dem Urteil des Leiters des Versuchsvorhabens eine Betäubung aus oder der mit dem Eingriff verbundene Schmerz ist geringfügiger als die mit einer Betäubung verbundene Beeinträchtigung des Befindens des Versuchstieres. Abweichend von § 5 Abs. 1 Satz 2 kann die Betäubung auch von den in § 8 Abs. 2 Satz 1 bezeichneten Personen oder unter ihrer Aufsicht vorgenommen werden. An einem unbetäubten Tier darf nur einmal ein schmerzhafter Eingriff oder eine schmerzhaft unblutige Behandlung durchgeführt werden, es sei denn, daß der Zweck des Versuchs mit einem einmaligen schmerzhaften Eingriff oder einer einmaligen schmerzhaften unblutigen Behandlung nichterreicht werden kann.
5. Wird bei einem betäubten Wirbeltier ein schwerer operativer Eingriff vorgenommen, so darf dieses Tier für ein anderes Versuchsvorhaben nur dann verwendet werden, wenn dies nicht mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden ist.

6. Nach Abschluß eines Versuchs ist jeder hierbei verwendete und überlebende Einhufer, Paarhufer, Affe, Halbaffe, Hund sowie jede verwendete und überlebende Katze und jedes verwendete und überlebende Kaninchen unverzüglich einem Tierarzt zur Untersuchung vorzustellen. Ist nach dem Urteil des Tierarztes ein Weiterleben des Tieres nur unter Leiden möglich, muß das Tier unverzüglich schmerzlos getötet werden. Andere als in Satz 1 bezeichnete Tiere sind gleichfalls zu töten, wenn dies nach dem Urteil der Person, die den Versuch durchgeführt hat, erforderlich ist.

Für die Einhaltung der Vorschriften nach den Nummern 1 bis 6 ist der Leiter des Versuchsvorhabens oder sein Stellvertreter verantwortlich. Die zuständige Behörde hat die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.

(2) Über Versuche an Tieren sind Aufzeichnungen zu machen. Die Aufzeichnungen müssen für jedes Versuchsvorhaben den mit diesem verfolgten Zweck, insbesondere die Gründe für nach Absatz 1 Nr.2 erlaubte Versuche an höheren Tieren, sowie die Zahl und Bezeichnung der verwendeten Tiere und die Art und Ausführung der Versuche angeben. Die Aufzeichnungen sind von den Personen, die die Versuche durchgeführt haben, und von dem Leiter des Versuchsvorhabens zu unterzeichnen; die Aufzeichnungen sind drei Jahre lang nach Abschluß des Versuchsvorhabens aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen zur Einsichtnahme auszuhändigen, sofern die zuständige Behörde sich nicht mit einer kürzeren Aufbewahrungsfrist einverstanden erklärt hat.

(3) Werden Hunde oder Katzen zu Versuchszwecken erworben, so sind in den Aufzeichnungen nach Absatz 2 zusätzlich Name und Anschrift des Vorbesitzers anzugeben.

(4) Für Tierversuche nach § 8 Abs. 6 gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend. Darüber hinaus dürfen die Maßnahmen nur von Personen vorgenommen werden, die die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten haben.

Sechster Abschnitt

Eingriffe zu Ausbildungszwecken

§ 10

(1) § 5 Abs. 1 Satz 2 und die §§ 6 und 8 sind nicht anzuwenden bei Eingriffen oder Behandlungen, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind und an Tieren im Rahmen

1. einer Ausbildung oder Fortbildung an einer Hochschule oder einer staatlichen wissenschaftlichen Einrichtung oder
2. einer Ausbildung für Heilhilfsberufe oder für naturwissenschaftliche Hilfsberufe

vorgenommen werden. In diesen Fällen gilt § 7 entsprechend.

(2) Eingriffe oder Behandlungen nach Absatz 1 müssen unter Aufsicht eines verantwortlichen Leiters durchgeführt werden. Dieser muß die erforderlichen Fachkenntnisse haben und bei operativen Eingriffen an Wirbeltieren über eine abgeschlossene Hochschulbildung der Veterinärmedizin, der Medizin oder der Biologie verfügen; sonstige Eingriffe oder Behandlungen können auch unter der Leitung anderer Personen durchgeführt werden, die über eine abgeschlossene naturwissenschaftliche Hochschulbildung verfügen und die erforderlichen Fachkenntnisse haben. Soweit die Eingriffe oder Behandlungen nicht Versuche sind, gilt § 9 entsprechend.

Siebenter Abschnitt

Tierhandel

§ 11

(1) Wer gewerbsmäßig mit Tieren handelt, hat dies bei Beginn der Tätigkeit der zuständigen Behörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für Personen, die mit landwirtschaftlichen Nutztieren aus dem eigenen Betrieb handeln, sowie für Züchter, die eingetragenen Züchtervereinen angehören und ausschließlich im Rahmen der Zweckbestimmung des Vereins Tiere halten, züchten und handeln.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für natürliche und juristische Personen, die gewerbsmäßig

1. einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhalten,
2. Tier zur Schau stellen. Üben diese Personen die Tätigkeit als Reisegewerbe aus, so ist die Anzeige der für den jeweiligen Ort der Gewerbeausübung zuständigen Behörde zu erstatten.

(3) Wer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes gewerbsmäßig

1. mit Tieren handelt, ausgenommen in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2,
2. einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhält oder
3. Tiere zur Schau stellt,

hat dies innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der zuständigen Behörde anzuzeigen.

(4) Ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten dürfen Tiere an Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr nicht verkauft werden.

Achter Abschnitt

Verbringungs-, Verkehrs- und Haltungsverbot

§ 12

Wirbeltiere, an denen Schäden feststellbar sind, von denen anzunehmen ist, daß sie den Tieren durch tierschutzwidrige Handlungen zugefügt worden sind, dürfen nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder im Geltungsbereich dieses Gesetzes gewerbsmäßig in den Verkehr gebracht oder gewerbsmäßig gehalten werden, wenn das Weiterleben der Tiere infolge der Schäden nur unter Leiden möglich ist. Dieses Verbot steht der zollamtlichen Abfertigung nicht entgegen.

Neunter Abschnitt

Ermächtigungen, Mitwirkung von Zolldienststellen

§ 13

(1) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit dies zum Schutz der Tiere erforderlich ist, Vorschriften über deren Haltung, Pflege und Unterbringung zu erlassen. Die Rechtsverordnung kann insbesondere Vorschriften enthalten über

1. Art und Umfang einer Beschränkung der natürlichen Bewegungs- oder Gemeinschaftsbedürfnisse von Tieren,
2. Anforderungen an Räume, Käfige, andere Behältnisse oder sonstige Einrichtungen zur Unterbringung von Tieren sowie an die Beschaffenheit von Anbinde- und Fütterungsvorrichtungen,
3. Anforderungen an Lichtverhältnisse, Lufttemperatur, Luftfeuchte, Luftbewegung sowie Frischluftzufuhr bei der Unterbringung von Tieren,

4. Wartung und Pflege sowie Überwachung von Tieren durch den Tierhalter oder Betreuer.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zum Schutz des Wildes Maßnahmen anzuordnen, die das Wild vor vermeidbaren Schmerzen oder Schäden durch land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten schützen.

(3) Der Bundesminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften zum Schutz der Tiere bei der Beförderung im Straßen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr zu erlassen, insbesondere Vorschriften über die Verladung, Entladung, Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Tiere.

§ 14

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen und die von ihm bestimmten Zolldienststellen wirken bei der Überprüfung des Verbringens von Tieren in den Geltungsbereich dieses Gesetzes mit. Für das Gebiet des Freihafens Hamburg kann der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen diese Aufgabe durch Vereinbarung mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg dem Freihafenamt übertragen. § 14 Abs.2 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (Bundesgesetzbl.1 S.1426) gilt entsprechend. Die genannten Behörden können

1. Tiere sowie deren Beförderungsmittel, Behälter, Lade- und Verpackungsmittel bei dem Verbringen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes zur Überwachung anhalten,
2. den Verdacht von Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen, der sich bei der Abfertigung ergibt, den zuständigen Behörden mitteilen.

3. in den Fällen der Nummer 2 anordnen, daß die Tiere auf Kosten und Gefahr des Verfügungsberechtigten der zuständigen Behörde vorgeführt werden.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen regelt im Einvernehmen mit dem Bundesminister durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten des Verfahrens nach Absatz 1. Er kann dabei insbesondere Pflichten zu Anzeigen, Anmeldungen, Auskünften und zur Leistung von Hilfsdiensten sowie zur Duldung der Einsichtnahme in Geschäftspapiere und sonstige Unterlagen und zur Duldung von Besichtigungen vorsehen.

Zehnter Abschnitt Durchführung des Gesetzes

§ 15

(1) Die Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden.

(2) Die zuständigen Behörden sollen im Rahmen der Durchführung dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen den beamteten Tierarzt als Sachverständigen beteiligen.

(3) Die Durchführung dieses Gesetzes obliegt für Tiere, die sich im Besitz der Bundeswehr befinden, den zuständigen Dienststellen der Bundeswehr.

§ 16

(1) Einrichtungen, in denen an Versuchstieren Eingriffe oder Behandlungen durchgeführt werden, ferner Betriebe im Sinne

des § 11 Abs.1 Satz 1 und Abs. 2, Nutztierhaltungen in neuzeitlichen Haltungssystemen, Zoofachhandlungen und ähnliche Einrichtungen, in denen Tiere festgehalten werden, sowie Versuchstierhaltungen sind durch die zuständige Behörde zu beaufsichtigen.

(2) Die zuständigen Behörden können zur Durchführung der ihnen durch dieses Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben von natürlichen und juristischen Personen und nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen die erforderlichen Auskünfte verlangen.

(3) Personen, die von der zuständigen Behörde beauftragt sind, dürfen im Rahmen des Absatzes 1 Grundstücke, Geschäftsräume, Wirtschaftsgebäude, Transportmittel und zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auch Wohnräume des Auskunftspflichtigen, in denen Tiere gehalten werden, betreten und, soweit es zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich ist, die geschäftlichen Unterlagen einsehen. Der Auskunftspflichtige hat die Maßnahmen nach Satz 1 zu gestatten. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(4) Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung in selbst oder einen der in § 383 Abs.1 Nr.1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

Elfter Abschnitt
Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet oder
2. einem Wirbeltier
 - a) aus Roheit erhebliche Schmerzen oder Leiden oder
 - b) länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden

zufügt.

§ 18

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 8 Abs.3 Satz 1 einen Wechsel in der Person nicht anzeigt,
2. einer nach § 8 Abs.5 Satz 1 für einen Versuch an einem Wirbeltier festgesetzten Beschränkung oder Auflage zuwiderhandelt oder
3. die Anzeige nach § 11 Abs.1 Satz 1 oder Abs.2 oder 3 nicht oder nicht rechtzeitig erstattet.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Wirbeltier, das er hält, betreut oder zu betreuen hat, bei der Haltung, Pflege, Unterbringung oder Beförderung ohne vernünftigen Grund offensichtlich erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt,
2. entgegen § 4 Abs.1 ein Wirbeltier tötet,
3. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2 Abs.2 zuwiderhandelt,

4. einem Verbot nach § 3 zuwiderhandelt,
5. an einem Wirbeltier entgegen § 5 Abs.1 Satz 1 einen Eingriff oder entgegen § 5 Abs.1 Satz 2 eine Betäubung vornimmt, ohne Tierarzt zu sein oder entgegen § 5 Abs.1 Satz 3 eine Betäubung ohne Erlaubnis vornimmt,
6. dem Verbot der Amputation nach § 6 Satz 1 zuwiderhandelt oder eine zulässige Amputation entgegen § 6 Satz 3 vornimmt,
7. entgegen § 7 oder § 21 Satz 1 einen Versuch nicht anzeigt oder entgegen § 8 Abs. 1 ein Versuchsvorhaben an einem Wirbeltier ohne Genehmigung vornimmt,
8. entgegen § 8 Abs. 2 Satz 1 oder 2 Tierversuche ohne die geforderte Vorbildung oder Fachkenntnis durchführt oder von Personen durchführen läßt, die die nach § 8 Abs.2 Satz 3 geforderte Vorbildung oder Fachkenntnis nicht haben,
9. entgegen § 9 Abs. 1 als Leiter eines Versuchsvorhabens oder als sein Stellvertreter nicht für die Einhaltung der Vorschriften des § 9 Abs.1 Nr. 1 bis 6 sorgt,
10. entgegen § 9 Abs. 2 Aufzeichnungen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig vornimmt, nicht unterzeichnet, nicht aufbewahrt oder nicht aushändigt,
11. entgegen § 9 Abs.3 Name oder Anschrift des Vorbesitzers nicht angibt,
12. entgegen § 10 Abs. 2 Satz 1 als verantwortlicher Leiter die Aufsicht bei Eingriffen oder Behandlungen führt, ohne die in Absatz 2 geforderte Vorbildung oder Fachkenntnis zu haben,
13. entgegen § 10 Abs. 1 Satz 2 die obliegende Anzeige nicht erstattet,

14. entgegen § 12 ein Wirbeltier in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt oder im Geltungsbereich dieses Gesetzes in den Verkehr bringt oder hält,
 15. entgegen § 16 Abs. 2 eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht richtig erteilt oder entgegen § 16 Abs. 3 den Zutritt zu Grundstücken, Geschäftsräumen, Wirtschaftsgebäuden, Transportmitteln oder Wohnräumen oder die Einsichtnahme in geschäftliche Unterlagen nicht gestattet,
 16. einer nach § 4 Abs.2, § 5 Abs. 4, § 13 oder § 14 Abs.2 erlassenen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
 17. einer Vorschrift der §§ 1 bis 5 der Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren vom 14. Januar 1936 (Reichsgesetzbl. I S.13) zuwiderhandelt oder
 18. entgegen § 11 Abs. 4 ein Tier ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten an Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr verkauft.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 19

Tiere, auf die sich eine Straftat nach § 17 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 18 bezieht, können eingezogen werden.

§ 20

- (1) Wird jemand wegen einer nach § 17 rechtswidrigen Tat verurteilt oder nur deshalb nicht verurteilt, weil seine

Schuldunfähigkeit erwiesen oder nicht auszuschließen ist, so kann ihm das Gericht das Halten von Tieren jeder oder einer bestimmten Art für die Dauer von einem Jahr bis zu fünf Jahren oder für immer verbieten, wenn die Gefahr besteht, daß er weiterhin eine nach § 17 rechtswidrige Tat begehen wird.

(2) Das Verbot wird mit Rechtskraft des Urteils wirksam. In die Verbotsfrist wird die Zeit, in welcher der Täter in einer Anstalt verwahrt wird, nicht eingerechnet. Ergibt sich nach der Anordnung des Verbots Grund zu der Annahme, daß die Gefahr, der Täter werde nach § 17 rechtswidrige Taten begehen, nicht mehr besteht, so kann das Gericht das Verbot aufheben, wenn es mindestens sechs Monate gedauert hat.

(3) Wer ein Tier hält, obwohl ihm dies strafgerichtlich verboten ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Zwölfter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 21

Wer bei Inkrafttreten dieses Gesetzes an Tieren zu Versuchszwecken Eingriffe oder Behandlungen vornimmt oder vornehmen läßt, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sein können und für die ihm eine Erlaubnis zur Vornahme wissenschaftlicher Versuche an lebenden Tieren auf Grund bisheriger geltender Rechtsvorschriften erteilt war, hat die Anzeige nach § 7 innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erstatten. Über die Weitergeltung einer bisher erteilten Erlaubnis als Genehmigung nach § 8 Abs. 1 entscheidet die zuständige Behörde.

§ 22

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S.1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 23

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1972 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. das Tierschutzgesetz vom 24. November 1933 (Reichsgesetzbl. I S.987), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S.503);
2. die Erste Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes vom 20. Juni 1934 (Reichsgesetzblatt I, S.516);
3. die Zweite Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes vom 27. Juni 1936 (Reichsgesetzbl. I S.539);
4. die Fünfte Verordnung zur Ausführung des Tierschutzgesetzes (Tierschutzvereine) vom 11. August 1938 (Reichsgesetzbl. I S.1004);
5. § 6 der Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren vom 14. Januar 1936 (Reichsgesetzbl. I S.13);

Nordrhein-Westfalen

6. das Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes vom 16. Juni 1970 (Gesetz- und Ordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen S.437), mit Ausnahme der durch Artikel I Nr.1 in das Tierschutzgesetz eingefügten §§ 4a, 4b und 12b Abs.1,2,3 und 5.
-

Herrn Prof.Dr.H. Eikmeier danke ich für den freundlichen Rat bei der Vorbereitung dieser Arbeit.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Veterinärdirektor Dr. H. Weyers (Lehrbeauftragter für Tierschutz) für die Überlassung des Themas und die freundliche Unterstützung und Beratung.

Herrn Dipl.-Soz. D. Schmitz-von Hülst danke ich für die Hilfe bei der Ausarbeitung der Fragebogen der repräsentativen Umfrage.

Lebenslauf

Am 5. Dezember 1947 wurde ich als 2. Kind des Bauunternehmers Wilhelm Schmitz und seiner Ehefrau Aenne geborene Strunk in Bünde/Westfalen geboren.

Nach der Volksschulzeit in Bünde besuchte ich das dortige neusprachliche Mädchengymnasium, wo ich im November 1966 die Reifeprüfung ablegte. Im Wintersemester 1966/67 begann ich mit dem Studium der Veterinärmedizin an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Im SS 1968 bestand ich dort die Tierärztliche Vorprüfung und im SS 1969 den 1. Abschnitt der Tierärztlichen Prüfung. Den 2. Abschnitt legte ich im SS 1970 und den 3. Abschnitt der Tierärztlichen Prüfung im November 1971 ab. Im Dezember 1971 erhielt ich meine Approbation als Tierärztin. Seit dem 15. März 1972 bin ich als Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Medizinische Mikrobiologie tätig.

Seit September 1970 bin ich mit Wolfgang Weidner verheiratet.

